

Rechtsextremismus in ökologischen Transformationsräumen (RIOET)

Situationsanalyse aus Hessen und NRW:
Ergebnisse empirischer Forschung

Impressum

Herausgeberin

Hochschule Magdeburg-Stendal
Breitscheidstraße 2
39114 Magdeburg

Text und Redaktion

Benjamin Kerst, M.A.
Edmund Osterberger
Prof. Dr. Fabian Virchow

Mitarbeit

Marleen Hascher, M.A.
Ann-Katrin Kastberg, M.A.
Fynn Leitzke
Alina Mönig, M.A.
Prof. Dr. Matthias Quent
Dora Stanić, M.Sc.

Grafik und Layout

Hochschulkommunikation der Hochschule Magdeburg-Stendal

Satz

Ann-Katrin Kastberg

V.i.S.d.P.

Prof. Dr. Matthias Quent

Förderhinweis

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Erschienen April 2024

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	4
2. Rechtsextremismus und die sozial-ökologische Transformation in der Klimakrise	6
3. Äußerste Rechte und Jugend.....	9
4. Methodisches Vorgehen.....	11
4.1 Forschungsregionen	11
4.2 Datengrundlage.....	11
4.3. Feldzugang	15
5. Rechtsextremismus und ökologische Transformation in Nordrhein-Westfalen/Nord-Hessen	16
5.1 Lokaler Transformationsprozess 1: Geplantes Windparkprojekt im Reinhardswald	16
5.2 Lokaler Transformationsprozess 2: Kohleausstieg im Rheinischen Revier	20
5.3 Ergebnisse der empirischen Forschung	23
5.4 Zusammenfassung der Ergebnisse	28
6. Handlungsempfehlungen	30
Literatur- und Quellenverzeichnis	33
Projektteam	42

1. Einleitung

Im historischen Hitzesommer 2018 – dem heißesten Sommer Schwedens – beschloss die damals 15-jährige Greta Thunberg in den Schulstreik zu treten und begründete damit den Auftakt einer beispiellosen globalen Klimaschutzbewegung, die vor allem von jungen Menschen getragen wurden. Auch in Deutschland schlossen sich in hunderten Orten weit über eine Million Menschen den Protesten an. Die Jugend, so schien es, setzte den gesellschaftlichen Kurs in Richtung ökologischer Transformation. Fünf Jahre später: Eine Pandemie hat die Gesellschaft in Atem gehalten, die Bundestagswahl die politischen Mehrheitsverhältnisse verändert und auch frühere Klimaaktivist*innen in die Regierung gebracht. Die Ausweitung des russischen Angriffskriegs führte zu einer schnell bewältigten Energiekrise und Inflation, Netzwerke der äußersten Rechten haben ihre Strukturen weiter ausgebaut und das Klimathema aufgenommen. Die AfD¹ hat in Umfragen ihre Zustimmungswerte zwischenzeitlich verdoppelt und erreicht auch unter jungen Wähler*innen beachtlichen Zuspruch. Mitten in der Transformation sind nicht nur viele Maßnahmen und Entscheidungen umstritten, sondern auch der Bestand der liberalen Demokratie ist nicht mehr garantiert. Antiliberaler und antidemokratischer Kräfte hoffen, aus Verunsicherungen und Veränderungen politisches Kapital schlagen zu können. Dabei treffen sie vor Ort auf unterschiedliche Bedingungen und Dynamiken. Folgt der ökologischen Fortschrittsbewegung in der Jugend nun ein anti-ökologischer Rückschlag? Was bedeutet die große sozio-ökologische Transformation für Heranwachsende? Wie gehen junge Menschen in Transformationsregionen in Ost- und Westdeutschland mit den Veränderungen um? Welche Rolle spielt für sie der Klimawandel? Unter welchen Umständen gelingt es der äußersten Rechten² mit welchen narrativen Angeboten, Veränderungen und Ängsten für ihre Zwecke zu adressieren und zu nutzen? Wie entsteht demokratische Resilienz bei jungen Menschen? Welche Rolle spielen dabei die sozialen Medien?

Um solche Fragen zu beantworten, erkundet das Forschungsprojekt „Rechtsextremismus in ökologischen Transformationsräumen: Diskursangebote, Resonanzwege und demokratische Alternativen“ (RIOET) die komplexen Interaktionen zwischen Klimawandel, regionalen Transformationsprozessen und der politischen Haltung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Hinblick auf demokratische sowie antidemokratische Orientierungen. Unter besonderer Berücksichtigung der Rolle rechtsorientierter Akteur*innen und Ideologien, zielt dieses interdisziplinäre und multiperspektivische Projekt darauf ab, verständlich zu machen, wie äußerst rechte Gruppierungen ökologische Krisenszenarien und Transformationsdynamiken instrumentalisieren. Hierdurch werden Einblicke in die Möglichkeiten der Prävention und der Förderung demokratischer Resilienz in Zeiten sozialökologischen Wandels geliefert. Das Projekt ist eine Kooperation zwischen dem Institut für demokratische Kultur an der Hochschule Magdeburg-Stendal und dem Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus an der Hochschule Düsseldorf.

Im Zuge der Untersuchung standen spezifische Regionen in Ost- und Westdeutschland im Fokus, die exemplarisch für die Herausforderungen und Spannungsfelder stehen, welche die sozial-ökologischen Veränderungsprozesse charakterisieren. Windenergie, Waldsterben und das Ende der Kohleverstromung kennzeichnen die Transformationsprozesse in den ausgewählten Untersuchungsregionen. In einem multimethodischen Vorgehen wurden neben Dokumenten- und Quellenanalysen Expert*inneninterviews, narrative-biografische Interviews, Fokusgruppendifkussionen, Feldbegehungen sowie eine große quantitative Befragung Heranwachsender durchgeführt, um tiefere Einsichten in die individuellen und kollektiven Wahrnehmungen der ökologischen und

¹ Dass sich die AfD „zu einer rechtsextremen Partei entwickelt [hat], die das Ziel verfolgt, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen“ (Cremer 2023: 60), und in der rassistische, antisemitische und verschwörungsideologische Einstellungen vorherrschen (vgl. Pfahl-Traughber 2019: 41), wurde in der Rechtsextremismusforschung bereits ausgiebig analysiert. Auch eine wachsende Zahl von Innenministerien kommt zu eindeutigen Ergebnissen. So wird der Landesverband der AfD in Sachsen-Anhalt seit November 2023 als gesichert rechtsextrem eingestuft – ebenso die Jugendorganisation der AfD, Junge Alternative (JA), auf Bundesebene. In NRW wird der JA-Landesverband als rechtsextremer Verdachtsfall eingestuft, ebenso JA und AfD in Hessen. Gegen entsprechende Einstufungen klagt die AfD.

² Im Folgenden nutzen wir den Begriff der äußersten Rechten als Sammelbegriff für verschiedene politische und ideologische Strömungen, die sich demokratischen Werten entgegenstellen und menschen(rechts)verachtende und auf Ungleichwertigkeitsvorstellungen beruhende Positionen vertreten. (vgl. Quent 2020: 43-44).

sozialen Transformationen sowie deren mögliche Verknüpfung mit Ideologien der äußersten Rechten zu gewinnen. Diese methodische Herangehensweise ermöglichte es, Einflüsse der politischen Sozialisation sowie das Spektrum der Reaktionen junger Menschen auf die Instrumentalisierung ökologischer Themen durch die äußerste Rechte zu erforschen und Beobachtungen aus den qualitativen Tiefenuntersuchungen in einer quantitativen Breitenstudie zu überprüfen. Dieses Vorgehen erlaubt es, die Frage zu beantworten, ob und wie klimabezogene Orientierungen bei jungen Menschen mit äußerst rechten Einstellungen zusammenhängen.

Mit der vorliegenden Situationsanalyse werden zunächst zentrale Befunde der problemzentrierten Lokalforschungen dokumentiert. Deren Ergebnisse zeigen ein ambivalentes Bild: Einerseits können die ökologisch bedingten Transformationskonflikte in den untersuchten Regionen fruchtbare Nährböden für äußerst rechte Rhetorik und Narrativbildung bieten. Die Präsenz und Aktivitäten äußerst rechter Akteur*innen in den Sozialen Medien sowie deren Versuche, ökologische Problematiken für ihre Agenda zu vereinnahmen, zeichnen ein besorgniserregendes Bild des Zusammenspiels zwischen ökologischen Krisen und politischer Radikalisierungsgefahr. Diese ersten Erkenntnisse verweisen auf die Notwendigkeit, effektive Strategien für die Prävention rechtsextremer Einflussnahme und die Stärkung demokratischer Resilienz zu entwickeln, wobei gleichzeitig den vielschichtigen sozial-ökologischen Herausforderungen unserer Zeit Rechnung zu tragen ist. Teilweise offenbaren sich bei den befragten jungen Menschen Lücken im Bewusstsein und im Wissen um den Klimawandel, seine Ursachen und Folgen. Aggressive Verleugnung des anthropogenen Klimawandels haben wir bei den vor Ort befragten Jugendlichen nicht gefunden, jedoch vielfach Resignation bis zu Zynismus. Im Allgemeinen werden lokale Transformationsprozesse weniger ideologisch, als vielmehr unter alltagspragmatischen Output-Aspekten behandelt: Was bringt es mir, was schadet es mir? Beispielsweise verweist die Bedeutung des öffentlichen Nahverkehrs als Alternative zum Individualverkehr auf strukturelle Bedingungen und Hürden für klimabezogene Mobilitätsveränderungen. Ebenfalls unterschiedlich werden Narrative und Akteur*innen der äußersten Rechten zur Klimafrage bewertet. Während manche klimabezogenen Äußerungen von rechts außen als Populismus, als lächerlich oder gefährlich einschätzen, stoßen dieselben Aussagen bei anderen Befragten auf Zustimmung. Selbst umweltbezogener Agitation der kleinen neonazistischen Partei „Der III. Weg“ können Einzelne etwas abgewinnen: „wenigstens tun sie etwas“.

Im Folgenden werden zentrale Ergebnisse der kontrastierenden qualitativen Forschung zu jeweils zwei Regionen aus West- und zwei aus Ostdeutschland vorgestellt, um daran explorativ die Angebote rechtsextremer Akteur*innen sowie Umgangsweisen junger Menschen mit Klimawandel und Rechtsextremismus beschreiben zu können. Die Befunde dieser sozialräumlichen Fallstudien zeigen und veranschaulichen Diskursangebote und alltägliche Umgangsweisen. Einen Anspruch auf Vollständigkeit oder Repräsentativität erheben diese problemzentrierten Tiefenschürfungen nicht – doch sie geben detaillierte Einblicke in unterschiedliche Umgangsweisen und Ermöglichen es, auf dieser lebensnahen empirischen Grundlage sowohl Herausforderungen als auch Chancen und Handlungsempfehlungen für die Unterstützung und Förderung demokratischen und klimabewussten Engagements junger Menschen zu identifizieren.

2. Rechtsextremismus und die sozial-ökologische Transformation in der Klimakrise

Das Verhältnis zwischen Umwelt- und Klimafragen und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus ist reich an Facetten und teilweise auch an Widersprüchen (vgl. Forchtner, 2019). Die Gleichzeitigkeit des Erstarkens der äußersten Rechten in vielen Gesellschaften des globalen Nordens und der zunehmenden Dringlichkeit der Klimakrise haben in den vergangenen Jahren zu einer immer stärkeren Verstrickung beider Felder geführt.

Neu ist die Verbindung beider Themenfelder zunächst nicht: Historisch hat der Schutz der Umwelt vor den Veränderungen und Verwerfungen der industriellen Moderne schon um die Wende ins 20. Jahrhundert völkisch-nationalistische Zusammenschlüsse wie den „Deutschen Bund Heimatschutz“ beschäftigt, unter anderen um Ernst Rudorff und Paul Schultze-Naumburg. Auch esoterisch-anthroposophische Kreise thematisierten das Verhältnis zwischen Mensch und Natur bereits im frühen 20. Jahrhundert auf antimoderne, antisemitische, rassistische und sozialdarwinistische Weise. Die Verbindung rassistischer, antisemitischer und antimoderner Ideologien und Stimmungen wurde mit dem Nationalsozialismus ideologisch radikalisiert in die Blut-und-Boden-Ideologie eingebunden. Umwelt- und Heimatschutz wurden mit rassistischen und imperialistischen Zielen verbunden, indem behauptet wurde, dass das deutsche Volk einen natürlichen Anspruch auf bestimmte Territorien, die Bewahrung der ‚natürlichen‘ Umwelt und Überlegenheit habe. Diese Verknüpfung von Umweltschutz und rassistischer Ideologie bildet das Fundament für heutige ökofaschistische Strömungen, die Umweltschutz für rassistische und nationalistische Zwecke instrumentalisieren.

Obwohl seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert erste Befunde über die Zusammenhänge zwischen der Verbrennung fossiler Energieträger und der Erhitzung der Atmosphäre vorlagen, war das Weltklima lange kein öffentlich relevantes Thema. Beim Umweltschutz standen lokale und nationale Fragen von Flora und Fauna, Wald und Landschaft im Vordergrund, die von Rechtsextremen rassentheoretisch aufgeladen wurden. Als angeblich natürliche Prinzipien wurden Rassenlehre und darwinistische Prinzipien auf das Zusammenleben der Menschen übertragen. Ziel dieser Pseudowissenschaften war vor allem die Rechtfertigung der Ideologien ‚rassistischer‘ Überlegenheit und das Ausschließen vermeintlich minderwertiger Menschengruppen durch die Behauptung natürlicher Überlegenheit. Im sogenannten Ökofaschismus werden ökologische Argumente autoritär und ethnozentristisch eingebettet. In dieser ideengeschichtlichen Tradition gab es auch in der Umweltbewegung sowie im Neonazismus immer wieder Verstrickungen zwischen ‚grünen‘ und ‚braunen‘ Einflüssen. 1982 identifizierte die SINUS-Studie „Öko-Rechtsextremismus“ als eigenständiges Phänomen, dem sie ein Gesamtpotential von 2 Prozent (zusätzlich zu 13 Prozent Rechtsextremen) zuordnete (vgl. Flaig & Uelzhöffer, 1981, S. 9).

Begriffliches: Rechtsextremismus und äußerste Rechte



Der Begriff Rechtsextremismus wird – wie ähnliche Begrifflichkeiten – sowohl in wissenschaftlichen als auch in öffentlichen Diskussionen uneinheitlich genutzt; es existiert eine Vielzahl von Definitionen, Konzepten und sich teils überschneidenden Deutungsbereichen, beispielsweise zu den Begriffen Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus. In dieser Studie wird Rechtsextremismus als Sammelkategorie für diverse Phänomene auf den Ebenen von Einstellungen, Verhaltensweisen sowie von Ideologien, Narrativen und Organisationen der antiliberalen, populistischen, radikalen und extremen Rechten verwendet, die mit den demokratischen Prinzipien der Menschenwürde und/oder des Pluralismus und des Minderheitenschutzes konfliktieren. Innerhalb dieses Spektrums variiert die Intensität der Demokratiegefährdung; gemeinsamer Nenner sind Ungleichwertigkeitsideologien. Diesen Mindestkriterien folgend, fassen wir in Anschluss an die internationale politikwissenschaftliche Debatte mit den Begriffen „rechts außen“ bzw. „äußerste Rechte“ radikale, populistische und extremistische Akteur*innen der Rechten zusammen (vgl. Bjørgo & Ravndal, 2019).

In kritischer Auseinandersetzung mit nationalistischen und rassistischen Ökoargumenten hat der Mainstream der ökologischen Bewegung in den vergangenen Jahrzehnten rechtsextreme Ideologien weitgehend ausgeschlossen. Gleichwohl finden sich nach wie vor antisemitisch-anthroposophische Einflüsse auch in der ökologischen Landwirtschaft. Neonazistische Parteien wie „Die Heimat“ (früher „NPD“), „Der III. Weg“ sowie das Milieu der „völkischen Siedler*innen“ und andere schließen an die ökofaschistischen Traditionslinien an (vgl. FARN, 2023). Ideologischer Kern dieser Strömung sind die antisemitisch und völkisch-rassistisch fundierte Ablehnung der liberalen Moderne als vermeintliche Ursache für Schwäche und Niedergang des deutschen Volkes. Dem modernen, kosmopolitischen und angeblich wurzellosen Stadtleben wird das idealisierte bodenständige, naturnahe und familienbezogene Zusammenleben auf dem Land entgegengestellt. Umwelt- und Tierschutzanliegen werden aufgegriffen, jedoch mit nationalistischen und exklusiven Ideologien vermischt, in denen Zuwanderung und Multikulturalismus eine Bedrohung für die 'natürliche Ordnung' darstellt.

Trotz betonter Naturnähe und nationalstaatlich gedachtem Umweltschutz spielen die Veränderungen des globalen Weltklimas für diese Strömungen der äußersten Rechten kaum eine Rolle, werden allgemeiner Industrialisierungskritik untergeordnet oder gar geleugnet. Daran offenbart sich die Unterscheidung zwischen einerseits dem nationalen Umweltschutz zum Nutzen des Volkes und andererseits dem Schutz des globalen Klimas, dessen Erhitzung vor allem Menschen in besonders vulnerablen Weltregionen insbesondere im globalen Süden schadet (vgl. Quent et al., 2022)

Wird der Klimawandel in der äußersten Rechten überhaupt anerkannt und thematisiert, dann wird dieser häufig mit vermeintlicher 'Überbevölkerung' im globalen Süden und mit Migration in den globalen Norden in Verbindung gebracht, das heißt, die Verantwortung wird rassistisch aufgeladen, anstatt den überproportionalen Emissionen im globalen Norden. Auch rechtsterroristische Attentäter wurden in den vergangenen Jahren von ökofaschistischen Ideologemen motiviert – so der Attentäter, der 2019 im neuseeländischen Christchurch 51 Menschen aus rassistischen Motiven ermordete. Dem Ökofaschismus folgend müsse die Bevölkerungszahl der Welt radikal reduziert werden, wobei sich dies vor allem auf nicht-weiße, afrikanische und muslimische Bevölkerungen bezieht.

Klimaleugnung im Dienst der äußersten Rechten

Externalisierungen der Verantwortung für den Klimawandel und dessen Bekämpfung insbesondere zu Lasten des Globalen Südens finden sich auch im populistisch auftretenden Rechtsextremismus, dessen Mainstream davon geprägt ist, die Existenz, den menschengemachten Beitrag oder die (nationale) Verantwortung für Klimawandel und sozial-ökologische Transformation zu leugnen oder zu relativieren. So ist die AfD in Deutschland die einzige Bundestagspartei, die in ihrem Wahlprogramm und in zahlreichen Äußerungen von Politiker*innen den Klimawandel grundsätzlich in Frage stellt (vgl. Küppers, 2022). Bereits 2019 rief der damalige AfD-Bundessprecher Alexander Gauland die Klimafrage als nächstes großes Krisenthema für die Partei aus – nach Euro- und Migrationskrise (vgl. Zeit Online, 2019). Die neonazistische Kleinstpartei „Der III. Weg“ stellt die Agenda „Umweltschutz ist Heimatschutz“ (vgl. Der III. Weg, 2019) in den Vordergrund und fordert eine „ökologische Revolution“ mit der völkisch-nationalistischen Verbindung von Umwelt und der „biologischen Substanz des Volkes“. Gleichzeitig verbreitet die Neonazipartei Argumente der Klimawandelleugnung („Lügentrommel und verbreitet das Märchen vom großen Klima-Kollaps und Weltuntergang“ (Der III. Weg, 2024)) und betont, niemals dürfe die „Kraft unserer Volkswirtschaft und Landwirtschaft durch klimaideologische Experimente gelähmt werden und uns im Wettbewerb mit den übrigen Nationen nach hinten werfen“ (Der III. Weg, 2024). Dies steht beispielhaft für rechtsextreme Agitationen, die nationalen Umweltschutz mit völkischer Begründung verbinden und zugleich die industrielle Verantwortung für die Erderhitzung leugnen. Nationaler Umweltschutz wird globalem Klimaschutz antagonistisch gegenübergestellt.

Die Einstellungsforschung der jüngsten „Mitte-Studie“ 2023 zeigt, dass klimapolitisch regressiv orientierte Personen auch der Demokratie gegenüber feindlicher eingestellt sind: „Dies zeigt sich empirisch in der ganzen Bandbreite demokratiegefährdender bis hin zu rechtsextremen Einstellungen und der Billigung politischer Gewalt.“ (Reusswig & Küpper 2023, S. 308).

Obwohl die Bagatellisierung oder Leugnung des anthropogenen Klimawandels keine originär rechtsextreme Ideologie ist, verbinden sich gerade unter populistischen, verschwörungsideologischen und rechtslibertären Einflüssen nationalistische und partikularistische Ideologien mit der rigiden Ablehnung globaler Verantwortungsübernahme und als ‚grün‘ geltender Politikangebote und Milieus. Empirisch stehen sich in Deutschland die Milieus zwischen der AfD und dem Bündnis 90/Die Grünen normativ und emotional polarisiert gegenüber (Teichler et al., 2023). Nicht zuletzt durch die Verbreitung von Falschinformationen und die systematische Infragestellung wissenschaftlicher Erkenntnisse versuchen Teile der äußersten Rechten die Notwendigkeit des ökologischen Wandels zu leugnen oder herunterzuspielen. Diese Haltung wird häufig mit dem Schutz der nationalen Wirtschaft, persönlicher Freiheiten und der Bewahrung traditioneller Lebensweisen begründet. Diese Ansätze sind in die breitere antiwissenschaftliche und populistische Rhetorik eingebettet, die Misstrauen gegenüber Expert*innen und Institutionen sät. Dabei bedient sich die populistische äußerste Rechte häufig Argumenten, die nicht originär rechts(extrem) sind, sondern die von Lobbyorganisationen der Fossilindustrie (bspw. für Verbrennungsmotoren), von Naturschutzinitiativen (bspw. gegen Windräder) stammen oder auch von anderen demokratischen Parteien vertreten werden (bspw. für Atomenergie). Durch diese Verzahnungen dient die Klimafrage als Brückenthema für die Entgrenzung des Rechtsextremismus in neue politische Spannungslinien, über die neue Zielgruppen erreicht werden können. Extreme Verschwörungserzählungen, in denen die ökologische Transformation beispielsweise unter dem Stichwort des „great reset“ als gefährliches Vorhaben globaler Eliten gegen die nativen Bevölkerungen dargestellt wird, können an grassierende Verschwörungsideologien anschließen und radikalisieren Sorgen und Bedenken.

Begriffliches: Verschwörungsideologie



Als ‚Verschwörungsideologie‘ gelten Vorstellungen, denen zufolge ein bestimmtes Ereignis, ein bestimmter Zustand oder eine bestimmte politische Entscheidung das Werk einer geheimen, mächtigen und ‚böse‘ Absichten verfolgenden Gruppe von Menschen ist. Verschwörungsideologische Menschen sehen sich selbst als Teil einer kleinen Anzahl von Personen, die die jeweilige ‚Verschwörung‘ durchschaut haben. Diese Sichtweise stellt eine geschlossene Weltdeutung dar, die anderslautenden Fakten und Gegenargumenten nicht mehr zugänglich ist (vgl. Hausmanninger 2013).

3. Äußerste Rechte und Jugend

Jugend ist ein zentrales Handlungsfeld der extremen Rechten. Dies hat zwei zentrale Gründe: Kindheit, noch mehr jedoch Jugend sind die Entwicklungsphase, in der Menschen wesentlich ihre politische Identität und ihr Wertesystem ausbilden. Die Entwicklung kognitiver Fähigkeiten und die Auseinandersetzung mit komplexen Sachverhalten nehmen an Bedeutung zu; medial vermittelte Informationen, die Gruppe der Gleichaltrigen in Schule und in der Berufsausbildung, aber auch erste Erfahrungen in der Arbeitswelt sowie Prägungen durch das Elternhaus (bzw. die Ablösung aus ihm) bilden den Kontext, in dem es zu einer zunehmenden Beschäftigung mit politischen Fragestellungen und Entwicklungen kommen kann. Dies gilt auch für Themen wie Klimawandel und gesellschaftliche Transformationsprozesse (BMUV 2020).

Junge Menschen für gesellschaftliches, ehrenamtliches oder – im engeren Sinne – parteipolitisches Engagement zu gewinnen – darum bemühen sich viele Gruppen, Verbände und Organisationen, darunter auch jene, die sich einem völkischen Nationalismus, autoritären Gesellschaftsmodellen und heteronormativen Geschlechterarrangements verpflichtet fühlen und diese zur gesellschaftlichen Norm machen wollen. In äußerst rechter Weltanschauung steht Jugend aber auch für die Kraft und den Willen eines Volkes, ‚im Ringen mit anderen Völkern‘ zu bestehen. Aus der Jugend soll sich die zukünftige Führungselite rekrutieren; sie gilt als besonders aktionsbereit. Schließlich steht Jugend auch für die ‚biologische Kontinuität des Volkes‘ (Bott 1969; Virchow 2006, S. 57-90).

In der Nachkriegsgeschichte hat die extreme Rechte ein breites Angebot entwickelt, um junge Menschen anzuziehen, sie ideologisch zu beeinflussen und ihnen eine politische Heimat zu bieten. Hierzu gehören beispielsweise kulturelle Angebote wie Musik und Tanz, Zeltlager und Wanderungen, aber auch politische Schulungen, Kampfsportwettbewerbe, virtuelle Erlebniswelten und Demonstrationen sowie die Mitwirkung in Jugendorganisationen, von denen einige auch an Parteien angeschlossen waren (Langebach 2016). Bedeutendste politische Akteurin ist aktuell die AfD.

Bei den Landtagswahlen in Bayern am 8. Oktober 2023 erhielt die AfD 14,6% der Zweitstimmen und konnte damit das Ergebnis der Wahl von 2018 (10,2%) deutlich steigern. Während im Jahr 2018 7% der Wähler*innen aus der Altersgruppe der 18-24-Jährigen für die AfD votiert hatten, waren es 2023 mit 16% mehr als doppelt so viele. In dieser Alterskohorte war der Stimmenzuwachs der AfD am höchsten (infratest dimap 2023a). Bei der zeitgleich stattfindenden Landtagswahl in Hessen, bei der die AfD 18,4% der Zweitstimmen gewinnen konnte, lag der AfD-Stimmenanteil der 18-24-Jährigen bei 18% (infratest dimap 2023b). Mit Blick auf die Bundestagswahl 2021 war noch konstatiert worden: „Die AfD spielt unter jungen Wähler_innen keine große Rolle. Hier lohnt sich jedoch ein differenzierter Blick: So stieg die Zustimmung für die AfD unter jungen Menschen im Vergleich zu 2017 leicht an. Zudem sind vor allem junge Männer in Ostdeutschland für den Stimmenanteil der AfD unter jungen Menschen verantwortlich.“ (FES 2022, S. 25)

In der Leipziger Autoritarismus-Studie von 2022 zeigen sich in der Altersgruppe 16-30 Jahre hinsichtlich manifest rechtsextremer Einstellungen für Jugendliche in westdeutschen Bundesländern deutlich höhere Zustimmungen zu neonationalsozialistischer Ideologie (bis zu 3,4%), während die Zustimmung bei ethnozentrischen Einstellungen bei ostdeutschen Jugendlichen mit bis zu 22,1% etwa doppelt so hoch ist wie bei den westdeutschen Befragten dieser Alterskohorte (Decker et al. 2022, S. 57). In der 'Mitte-Studie' des Jahres 2023 finden sich für die Alterskohorte der 18-34-Jährigen 12,3% mit einem manifest rechtsextremen Weltbild; 14,1% stimmen Aussagen zu, die Nationalchauvinismus messen, 10,7% Sozialdarwinismus (Zick et al. 2023, S. 76). Mit Ausnahme der Zustimmung zu Items zu Fremdenfeindlichkeit und Nationalchauvinismus liegt die Zustimmung in dieser Alterskohorte – zum Teil deutlich – über der Zustimmung bei den Gruppen der 35-64-Jährigen bzw. den über 65-Jährigen.

Hafeneger und Kolleg*innen (2021) kommen in ihrer Forschung zur Jugendpolitik der AfD zum Ergebnis, dass „Jugendpolitik insgesamt von der AfD (noch) nicht elaboriert thematisiert wird oder im Zentrum des Interesses steht“ (S. 154); dieses Feld sei insbesondere dann bedeutsam, „wenn sich dort politische Gegner*innen und abgelehnte Positionen ausmachen lassen“ (ebd.). Konstatiert wird schließlich auch eine „Ferne gegenüber Jugend“ und den

gelebten Jugendkulturen (ebd.). Dieser Befund muss jedoch insofern relativiert werden, als die AfD die ganze Bandbreite politischer Themen in mediale Öffentlichkeiten kommuniziert, die insbesondere von jüngeren Menschen genutzt werden. Durch eine intensive Nutzung von tiktok erzielt die AfD dabei weit überdurchschnittliche Reichweiten (Serrano et al. 2019; Rochnia et al. 2021). Bei der Bundestagswahl 2021 waren bei jungen AfD-Wähler*innen *social media* gegenüber Fernsehen, Radio und persönlichen Gespräche allerdings noch vergleichsweise unwichtige Informationsquellen (FES 2022, S. 35).

Bezogen auf die in dieser Studie relevanten Bundesländer ergibt sich folgendes Bild. In Sachsen-Anhalt erreichte die AfD bei den Landtagswahlen am 6. Juni 2021 20,8% der Zweitstimmen; gegenüber der vorangegangenen Landtagswahl war dies ein Verlust von 3,5%. In den Altersgruppen 18-24 Jahre bzw. 25-34 Jahre betrug der Anteil der AfD 18% bzw. 28% (infratest dimap 2021). In Befragungen zur Wahlabsicht hat sich der Zustimmungswert für die AfD seit Spätsommer 2023 deutlich erhöht. Der Sachsen-Anhalt-Monitor 2023 hat deutlich gemacht, dass insbesondere in der Alterskohorte zwischen 18 und 29 Jahren die Tendenz zur Ablehnung der Demokratie als Staatsidee hoch ist (14% gegenüber beispielsweise 3% bei den 50-65-jährigen Befragten). Zugleich sind die Altersgruppen ab 30 Jahren deutlich unzufriedener mit der Art und Weise, wie Demokratie in Deutschland funktioniert (Arenz et al. 2023, S. 76ff.). „Sehr bzw. ziemlich unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie hierzulande zeigen sich [...] deutlich mehr Befragte auf der rechten als auf der linken Seite des politischen Spektrums.“ (ebd., S. 80). Die Alterskohorte zwischen 18 und 29 Jahren zeigt deutlich unterdurchschnittliche Zustimmungswerte zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (ebd., S. 141); der AfD billigen die Befragten die zweithöchste gebündelte Lösungskompetenz zu, bezogen auf das Themengebiet Flüchtlinge, Migration und Zuwanderung die höchste Lösungskompetenz (ebd., S. 115). Der Klimawandel wird von den Befragten als nachrangiges Problem für Sachsen-Anhalt und die Bundesrepublik Deutschland betrachtet (ebd., S. 99f. sowie S. 107 und S. 111).

In Nordrhein-Westfalen erreichte die AfD bei der Landtagswahl am 15. Mai 2022 5,4% der Zweitstimmen und verlor damit 1,9% gegenüber der Landtagswahl im Jahr 2017. In den Altersgruppen 18-24 Jahre bzw. 25-34 Jahre betrug der AfD-Stimmenanteil 4% bzw. 5% (infratest dimap 2022). Bei den Landtagswahlen in Hessen am 8. Oktober 2023 erreichte die AfD ein Ergebnis von 18,4%; dieses Ergebnis lag 5,3% über dem im Jahr 2018 durch die Partei erzielten Ergebnis. Dabei lag der AfD-Anteil in der Altersgruppe der 18-24-jährigen Wähler*innen bei 18%; der Zuwachs an Stimmen in dieser Altersgruppe lag erheblich über dem allgemeinen Zuwachs.

4. Methodisches Vorgehen

Bevor ausgewählte Ergebnisse aus Feldforschung vorgestellt werden, wird in diesem Abschnitt das methodische Vorgehen dargestellt.

4.1 Forschungsregionen

Der Fokus dieses Forschungsprojektes lag auf jeweils zwei Regionen in Ost- und Westdeutschland. Diese Regionen sind auf unterschiedliche Weise vom Klimawandel bzw. damit einhergehenden sozialökologischen Transformationsprozessen und entsprechenden lokalen Transformationskonflikten betroffen. Außerdem ließen sich für all diese Regionen Akteur*innen der äußersten Rechten sowie verschwörungsideologische Akteur*innen identifizieren, die auf die entsprechenden lokalen Transformationsprozesse oder auf die übergeordnete Klimawandelthematik und -politik Bezug nehmen.

Forschungsregionen und Transformationsprozesse

Region	Transformationsprozess
Harz (Sachsen-Anhalt)	Waldsterben
Zeitzi-Weißenfelser Kohlrevier (Sachsen-Anhalt)	(vorgezogener/geplanter) Ausstieg aus der Braunkohleverstromung
Rheinisches Kohlrevier/Garzweiler II (Nordrhein-Westfalen)	(vorgezogener/geplanter) Ausstieg aus der Braunkohleverstromung
Reinhardswald (Hessen)	Geplanter Bau von Windkraftanlagen

4.2 Datengrundlage

Empirische Grundlage der vorliegenden Analyse sind verschiedene Arten von qualitativen Interviews, die im bisherigen Verlauf des Forschungsprojektes RIOET geführt wurden und durch mehrere Feldbegehungen in den Forschungsregionen ergänzt wurden. Die Datenerhebung wurde im Zeitraum von April 2023 bis März 2024 durchgeführt.³

4.2.1 Expert*inneninterviews

Zunächst wurden im Projekt 31 leitfadengestützte Expert*inneninterviews durchgeführt. Die Interviewten waren Expert*innen in den Feldern Rechtsextremismus und Klima, Rechtsextremismus und Jugend oder Klima und Jugend. Darüber hinaus wurden entsprechende Interviews auch mit Personen geführt, die als Expert*innen für die lokalen Situationen bzw. als relevante lokale Akteur*innen in den vier Fallregionen adressiert wurden.

Insgesamt lassen sich die interviewten Expert*innen folgenden Wissens- und Handlungsfeldern zuordnen:

- Wissenschaft (n=3)
- Umwelt- und Naturschutzorganisationen (n=2)
- Zivilgesellschaftliche Bündnisse/Bürger*inneninitiativen (n=10)
- Jugendorganisationen (n=2)
- Präventions- und Interventionsarbeit im Bereich Rechtsextremismus (n=3)

³ Im Rahmen des Forschungsprojekts fand zudem auch eine quantitative Erhebung statt. Hierbei wurden ca. 2.000 junge Menschen zwischen 16 und 27 Jahren in Form einer Onlinebefragung zu verschiedenen für das Projekt relevanten Fragestellungen befragt. Die Veröffentlichung der Ergebnisse dieser Befragung sowie der integrierten Gesamtergebnisse der quantitativen und qualitativen Forschung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

- Partnerschaften für Demokratie (n=1)
- Politik/Verwaltung (n=1)
- Jugendsozialarbeit/Jugendeinrichtungen (n=7)
- Bildungs- und Publikationsarbeit zu den Themen Rechtsextremismus/Klima/Jugend (n=5)

4.2.2 Fokusgruppeninterviews

Als wesentliches Element zur Beantwortung der Hauptfragestellung des Projekts wurden in allen Fallregionen zwei bis drei Fokusgruppeninterviews mit je 3-7 jungen Menschen im Alter von 16 bis 26 Jahren geführt⁴. Ziel war es, herauszufinden, welche Perspektiven Jugendliche und junge Erwachsene auf den Klimawandel und die jeweiligen sozialökologischen Transformationsprozesse in ihrer Region haben. Damit zusammenhängend ging es darum herauszufinden, auf welche Resonanz Aussagen oder Narrative stoßen, die als äußerst rechts oder verschwörungsideologisch klassifizierbar sind bzw. von äußerst rechten oder verschwörungsideologischen Akteur*innen kommuniziert werden, die in den lokalen Transformationsräumen aktiv sind oder sich auf die entsprechenden Transformationsprozesse und -konflikte beziehen.

Diskussionsimpulse

Im Rahmen der Fokusgruppen wurden den Teilnehmenden verschiedene inhaltliche Impulse in Form von Bildmaterial, Textausschnitten und Videos gezeigt und zur Diskussion gestellt. Die Impulse bezogen sich zum einen auf die Klimawandelthematik und die jeweiligen lokalen sozialökologischen Transformationsprozesse. Zum anderen wurden klima- und transformationsbezogene Aussagen und Narrative, die als äußerst rechts oder verschwörungsideologisch klassifizierbar waren bzw. von äußerst rechten oder verschwörungsideologischen Akteur*innen stammen, gezeigt. Die Impulse wurden aus einer Analyse äußerst rechter und verschwörungsideologischer Primärquellen (Publikationen, Landtagsanfragen, Web-Sites, Social-Media Auftritte, Telegramkanäle) zur Klima- und Transformationsthematik sowie aus Erkenntnissen, die während der Expert*inneninterviews gewonnen wurden, zusammengestellt:

	Impulsinhalt	Format	Quelle
Allgemeine Impulse			
Impuls 1	Thema Klimawandel	Text	
Lokaler Transformationsprozess			
Impuls 2	Bilder zum Garzweiler Kohleabbau und Protesten, Kohlebagger vor Lützerath, RWE-Werbung zur Renaturierung, Kohlebagger, Abbruchkante	Fotocollage	Selbst erstellt
Impuls 3	Transformationsprozess im Reinhardswald: geplante Windräder und Bürgerinitiative gegen den Windpark	Videoausschnitt	Hessischer Rundfunk 2022: 00:00:01 – 00:00:41
Impuls 4	Braunkohle Ausstieg Fachtagung Herrmannschacht Zeitz	Videoausschnitt	BLK RegionalTV 2018: 00:14–00:45, 02:51–04:13
Impuls 5	Der Harz stirbt vor unseren Augen – es braucht 100 Millionen Bäume	Videoausschnitt	Focus Online 2023: 00:00 –01:34

⁴ Zitate aus den Fokusgruppeninterviews oder den narrativ-biographischen Interviews sind in diesem Text pseudonymisiert; aus Gründen der Lesbarkeit haben wir auf die Nennung von Zeitangaben aus den Transkripten der Interviews verzichtet.

Äußerst rechte und verschwörungsideologische Impulse allgemein

Impuls 6	„Fridays are Lie Days – Klimalüge entlarven“	Screenshot: Aufkleber	Z-Versand o.J.
Impuls 7	„Was Deutschland in den 18 Jahren mit dem Kohleausstieg an CO2 spart, stößt China in nur 18 Tagen aus! Der Preis dafür ist hoch: Offizielle Regierungsdokumente rechnen mit bis zu 250.000 gefährdeten Jobs – allein in NRW!“	Screenshot: Textausschnitt aus Telegram Post	AfD-Fraktion NRW 2021
Impuls 8	„Schnee im März: Blamage für Klimaideologen“	Screenshot: Artikel in Zeitschrift	COMPACT-Magazin 2023
Impuls 9	„Habeck über Klima-Kleber: ‚Bewundere die jungen Leute für ihre Courage‘.“ Darunter die Headline: „Für Habeck ‚Mutige Jugendliche‘. Für uns Extremisten.“	Screenshot: Twitter Post (Sharepic)	AfD 2023
Impuls 10	„Umwelt & Heimat schützen! – Eine intakte Natur ist die Grundlage unseres Volkes! Mach mit!“	Screenshot: Parteiplakat	Der III. Weg 2019
Impuls 11	„Nicht das Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit!“	Zitat als Text	EIKE o.J.
Impuls 12	„Wer [...] die Frage nach dem ökologischen Fußabdruck stellt, den das Bevölkerungswachstum in Entwicklungs- und Schwellenländern hinterlässt, vor allem in Afrika, der macht sich schnell des ‚Rassismus‘ verdächtig.“	Zitat als Text	Deutsche Stimme 2019

Äußerst rechte und verschwörungsideologische Impulse mit lokalem Bezug

Impuls 13 (Zeit)	„Bundesregierung beschließt Kohleausstieg: Strom muss BEZAHLBAR bleiben! Grundlast sichern! GroKo! Aufwachen!“	Screenshot: Sharepic	AfD Bielefeld 2020
Impuls 14 (Harz)	Flyer „1. Harzer Waldkonferenz“ zum Thema Waldsterben	Screenshot: Konferenzflyer	Friedhoff D. 2023
Impuls 15 (Rheinisches Revier)	„Der Kohleausstieg funktioniert, die Bürger haben keine Kohle mehr“	Screenshot: Instagram Sharepic	AfD-Fraktion NRW 2022
Impuls 16 (Reinhardswald)	Flyer „Erst der Wald, dann das Windrad!“	Screenshot: 2-seitiger Flyer	AfD-Fraktion Hessen 2022
Impuls 17 (Reinhardswald)	Karikatur, die Windräder in einem Waldkahlschlag darstellt. „Erneuerbare Energien retten die Wälder. Aufforstung in RLP.“	Screenshot: Telegram Post	Telegram-User*in 2022

Pro Klimaschutz Impuls

Impuls 18	„Klimaaktivisten werden manchmal als gefährliche Radikale dargestellt. Aber die wirklich gefährlichen	Zitat als Text	Guterres, A. 2022
------------------	---	----------------	-------------------

	Radikalen sind die Länder, die die Produktion von fossilen Brennstoffen erhöhen.“		
--	---	--	--

Teilnehmende

Die genannten Impulse dienten in den Fokusgruppen zur Initiierung der Diskussion. Die Gruppen für diese Fokusinterviews setzten sich wie folgt zusammen.

Gruppenzusammensetzung	Transformationsprozess	N	Geschlecht	Altersspanne	Migrationshintergrund ⁵	(Fach-)Hochschulreife	Aufgewachsene in Ost-Deutschland
Offene Jugendeinrichtung (Erkelenz/NRW)	Kohleausstieg im Rheinischen Kohlerevier	7	5 (m); 1 (w); 1 (d)	18–27	4	4	0
Aufsuchende Jugendarbeit (Erkelenz/NRW)	Kohleausstieg im Rheinischen Kohlerevier	6	6 (m)	18–19	5	3	0 1 (k.A.) ⁶
Freiwilliges ökologisches Jahr (ganz NRW)	Kohleausstieg im Rheinischen Kohlerevier	5	4 (m); 1 (d)	18–23	0	5	0
Offene Jugendeinrichtung (Hofgeismar/Hessen)	Geplanter Windpark im Reinhardswald	6	3 (m); 2 (w); 1 (d)	15–25	1	1	0 1 (k.A.)
Dorf nahe Reinhardswald (Nördlicher Landkreis Kassel/Hessen)	Geplanter Windpark im Reinhardswald	6	5 (m); 1 (w)	20–29	0	5	0
Verein (Region Zeitzei-Weißenfels)	Kohleausstieg in der Region Zeitzei-Weißenfels	3	2 (m); 1 (w)	17–24	1	1	3
Verein (Region Zeitzei-Weißenfels)	Kohleausstieg in der Region Zeitzei-Weißenfels	3	2 (m); 1 (w)	16–21	0	2	3
Freiwilliges Soziales Jahr (ganz Sachsen-Anhalt)	Waldsterben im Harz	24	3 (m); 9 (w)	16–21	3	11	19

4.2.3 Narrativ-Biografische Einzelinterviews

Die Fokusgruppeninterviews wurden durch jeweils bis zu vier narrativ-biografischen Einzelinterviews pro Fallregion ergänzt. Hierbei lag der Fokus auf den individuellen Perspektiven und biografischen Erfahrungen der Befragten in Bezug auf den Klimawandel, die Klimawandelpolitik und die lokalen sozialökologischen Transformationsprozesse und

⁵ Interviewteilnehmende mit Migrationshintergrund waren entweder selbst nach Deutschland zugewandert oder hatten mindestens ein Elternteil, auf das dies zutrifft.

⁶ „k.A.“ meint, dass entsprechende Person/en diese Frage nicht beantwortete/n.

-konflikte. Des Weiteren wurden thematisiert, welche Perspektiven die Befragten auf äußerst rechte und verschwörungsideologische (lokale) Akteur*innen und deren kommunikative und performative Handlungspraxen in den jeweils lokalen Klima- und Transformationsthematiken hatten. Im Besonderen wurde mit dieser Methode untersucht, auf Grund welcher biografischen Entwicklungspfade sich junge Menschen in den jeweiligen sozialökologischen Transformationsregionen für Klimaschutz engagieren, welche klimapolitischen Einstellungen dabei leitend sind und mit welchen Herausforderungen sie sich dabei konfrontiert sehen. Die narrativ-biographischen Interviews setzten sich wie folgt zusammen:

Transformationsprozess	N	Geschlecht	Altersspanne	(Fach-) Hochschulreife	Migrationshintergrund	Aufgewachsen in Ost-Deutschland
Waldsterben im Harz	4	3 (m); 1 (w)	16–26	2	0	3
Kohleausstieg in der Region Zeitz-Weißenfels	5	4 (m); 1 (w)	18–25	4	1	5
Kohleausstieg im Rheinischen Kohlrevier	2	1 (m); 1 (k.A)	22–30	2	0 1 k.A.	0 1 k.A.
Geplanter Windpark im Reinhardswald	1	1 (m)	23	1	0	0

4.2.4 Teilnehmende Beobachtungen und Feldbegehungen

Um zu vertiefenden und die Interviews ergänzenden Erkenntnissen zu den vier Forschungsregionen zu gelangen, wurden zu diversen Anlässen in diesen Regionen, wie z.B. im Zuge von Demonstrationen, teilnehmende Beobachtungen durchgeführt oder ausgewählte Orte begangen, wie z.B. die Stadt Zeitz oder die Abbruchkante des Tagebaus Garzweiler II sowie die umliegenden umgesiedelten/nicht-umgesiedelten Ortschaften. Die Ergebnisse dieser Beobachtungen und Begehungen wurden in Beobachtungstagebüchern festgehalten.

4.3. Feldzugang

Ein Teil des Feldzugangs und der Interviewakquise wurde ermöglicht durch die Empfehlung und Vermittlung der zu Beginn des Projekts interviewten lokalen Expert*innen und Akteur*innen. Beispielsweise wurden drei Fokusgruppen durch vorher als Expert*innen identifizierte und interviewte Jugendsozialarbeiter*innen initiiert. Weitere Interviews konnten mithilfe von Praxis- und Kooperationsakteur*innen, wie lokalen Partnerschaften für Demokratie oder Landessportbünden, realisiert werden. Zudem wurden gezielt Sportvereine und andere lokale Akteure, wie beispielsweise Jugendclubs, Freiwillige Feuerwehren und Schulen angefragt oder versucht, Zugänge ins Feld durch Kontakte in Gewerkschaften und Firmen zu bekommen. Allerdings war die Resonanz, insbesondere im Hinblick auf die letztgenannten Zugangsversuche, trotz einer Vielzahl von Anfragen sehr begrenzt. Dies führt zu einer gewissen Limitierung der Datengrundlage. So konnten aus bestimmten Zielgruppen nur sehr wenige Personen erreicht werden; beispielsweise Personen, die in der Kohleindustrie beschäftigt sind und insofern von einem der im Projekt untersuchten Transformationsprozesse beruflich direkt betroffen waren.

5. Rechtsextremismus und ökologische Transformation in Nordrhein-Westfalen/Nord-Hessen

Im Folgenden werden erste zentrale Ergebnisse der Forschung aus den beiden in Westdeutschland verorteten Forschungsregionen des RIOET-Projekts vorgestellt. Bezüglich jeder dieser Regionen (Kapitel 5.1 und 5.2) wird zunächst kurz auf ausgewählte sozioökonomische und strukturelle Parameter dieser Regionen eingegangen (Kapitel 5.1.1 & 5.2.1). Daraufhin werden die für diese Region relevanten sozialökologischen Transformationsprozesse (Kapitel 5.1.2 & 5.2.2) und Aspekte der damit einhergehenden Transformationskonflikte (Kapitel 5.1.3 & 5.2.3) beschrieben. Im Anschluss daran wird aufgezeigt, welche strategischen Positionierungen Akteur*innen aus dem äußerst rechten und verschwörungsideologischen Spektrum auf der Handlungs- oder Kommunikationsebene zu den jeweiligen regionalen Transformationsprozessen und Transformationskonflikten eingenommen haben (Kapitel 5.1.4 & 5.2.4). Schließlich (Kapitel 5.3.) wird auf die Ergebnisse der im Projekt geführten Fokusgruppeninterviews und der narrativ-biographischen Einzelinterviews eingegangen. Es wird dargestellt, wie die Interviewteilnehmenden die Klimawandelthematik im Allgemeinen (Kapitel 5.3.1) sowie die jeweiligen sozialökologischen Transformationsprozesse diskutierten (Kapitel 5.3.2) und welche Positionen und Perspektiven dabei eingenommen wurden. Zudem wird aufgezeigt, auf welche Resonanz Aussagen oder Narrative (Diskursangebote) gestoßen sind, die als äußerst rechts oder verschwörungsideologisch klassifizierbar waren bzw. von äußerst rechten oder verschwörungsideologischen Akteur*innen stammten (Kapitel 5.3.3). Zuletzt werden die Ergebnisse für die lokalen Forschungen in Hessen und Nordrhein-Westfalen zusammengefasst (Kapitel 5.4.) und Handlungsempfehlungen gegeben (Kapitel 5.5).

5.1 Lokaler Transformationsprozess 1: Geplantes Windparkprojekt im Reinhardswald

5.1.1 Die Transformationsregion Reinhardswald

Der über 1000 Jahre Reinhardswald, der auch als „Grimms Märchenwald“ oder „Märchenwald“ bekannt ist (Naturpark Reinhardswald, o.J.b), befindet sich im Norden des Landkreises Kassel in Nordhessen. Die zwei größten der acht am Reinhardswald angrenzenden Ortschaften sind Hofgeismar mit 15.272 und das Fuldata mit 12.369 Einwohnenden, während die beiden kleinsten Orte Bad Karlshafen mit 3.531 und Reinhardshagen mit 4.338 Einwohnenden sind (Stand 30.06.2021) (Landkreis Kassel, o.J.a). Die Region ist ländlich geprägt (Landkreis Kassel, o.J.b) und kann zudem in Teilen als strukturschwach begriffen werden. So wird im „Sozioökonomischen Disparitätsbericht 2023“ der *Friedrich-Ebert-Stiftung* (FES) der Kreis Kassel zwar einerseits als Raum mit überdurchschnittlichem Wohlstand bezüglich der Bruttomediangehälter klassifiziert und im Vergleich mit anderen Räumen im gesamtdeutschen Mittelwert gesehen (Friedrich-Ebert-Stiftung, 2023; Gohla & Hennicke). Andererseits wird er für Westdeutschland als einer der wenigen Räume mit besonderen strukturellen Herausforderungen beschrieben, der hinsichtlich einiger Indikatoren unter dem Mittelwert aller anderen Kreise in Deutschland liegt, so beispielsweise hinsichtlich der Anzahl junger Beschäftigter, der Anzahl von Beschäftigten in Wissensberufen, ausländischen Hochqualifizierten, den Sachinvestitionen der Kommunen oder der Schienenreichbarkeit (ebd.; vgl. zudem Fina & Heider, 2021).

Der Wald selbst befindet sich im gemeindefreien Gutsbezirk Reinhardswald (Landkreis Kassel, o.J.b) und bildet mit einer Fläche von 20.000 Hektar das größte geschlossene Waldgebiet Hessens (Naturpark Reinhardswald, o.J.b). Er umfasst ausgedehnte Buchenwälder sowie den seit 1907 unter Naturschutz stehenden „Urwald-Sababurg“, ein ursprünglich menschlich geschaffener Wald, der für das Weiden von Nutztieren im Wald (Hute) angelegt wurde und

aus jahrhundertealten Hute-Eichen besteht (Naturpark Reinhardswald, o.J.b, o.J.a). Gleichzeitig gehört der Reinhardswald dem Land Hessen und wird fortwirtschaftlich genutzt.

5.1.2 Der Transformationsprozess Windpark im Reinhardswald

Auf einem Höhenzug des Waldes ist der Bau von 20 Windkraftanlagen (WKA) geplant („Windpark Reinhardswald“); dieser soll von der *Windpark Reinhardswald GmbH & Co. Kg* realisiert werden und seine Planung wurde bereits in den Jahren 2012 und 2013 kritisch diskutiert (eg & Thiele, 2012; Pinto, 2013). Die dafür notwendigen Flächen gehören zu den fast 2 Prozent der hessischen Landesfläche, die gemäß den „Teilregionalplänen Energie“ als Windvorrangflächen ausgewiesen wurden (Regierungspräsidium Kassel, 2022a, S. 1). Nach Angaben des Regierungspräsidiums Kassel werden für die 18 WKAs inklusive der Zuwegung ca. 14 Hektar Fläche benötigt, was ca. 0,07 Prozent der Fläche des Reinhardswalds entspricht (ebd., S.4). Zudem weist das Präsidium darauf hin, dass ein großer Teil dieser Flächen aufgrund von „Stürme[n], Dürresommer[n] und Borkenkäfer[n] geschädigt [ist], so dass der Großteil der Flächen bereits baumfrei ist“ (ebd., S.4). Somit seien Eingriffe in intakte Buchenbestände vermieden, insgesamt müssten ca. 260 Laubbäume gefällt werden (ebd. S. 4). Nach Eingang des entsprechenden Antrags im Jahr 2020, wurde die Errichtung und der Betrieb der 18 WKA im Jahr 2022 durch das Regierungspräsidium Kassel genehmigt (Regierungspräsidium Kassel, 2022b).

5.1.3 Aspekte des Transformationskonflikts Windpark Reinhardswald

Allerdings wurde die Genehmigung im Laufe der Zeit mit Klagen im Bereich des Artenschutzes und des Baurechts belegt und erfuhr Widersprüche und Einwendungen. Die Klagen gingen von verschiedenen Akteur*innen aus, darunter Umweltverbände, die von Bürger*inneninitiativen unterstützt wurden, sowie von zwei umliegenden Gemeinden⁷ (Henke, 2023; Müller, 2021; Neu & Thiele, 2022). In Teilen waren die Klagen erfolgreich, was dazu führte, dass der Bau am Projekt mehrere Male gestoppt werden musste (Diel, 2023; hessenschau.de, 2022; Pörtner, 2023). Im Februar 2023 folgte der Hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH) dem Eilantrag eines Umweltverbandes und verhängte einen Stopp von Fäll- und Rodungsarbeiten für die Zuwegungen zum geplanten Windpark Reinhardswald (Verwaltungsgerichtshof Kassel, 2023a). Nach einer Änderung des hessischen Baurechts gab der VGH allerdings im Oktober desselben Jahres für bestimmte Flächen eine Rodungsfreigabe (Verwaltungsgerichtshof Kassel, 2023b), womit die Arbeit an den Zuwegungen teilweise wieder aufgenommen werden konnte.

Neben solchen Widersprüchen, Einwendungen und Klagen war das Vorhaben, Windkraftanlagen im Reinhardswald zu errichten, von Beginn an von Gegenprotesten begleitet. So gab es beispielsweise schon im Jahre 2014 eine Protestaktion am Ufer der Weser, bei der unter dem Motto „Nein zur Windkraft im Wald“ ein Holzwindrad symbolisch angezündet wurde (Löschner, 2014). Ein Jahr später überreichten verschiedene lokale Bürger*inneninitiativen Vertreter*innen des Regierungspräsidiums Kassel eine Liste mit über 10.000 Unterschriften gegen das Projekt (Gehlen, 2015). Nach der Genehmigung des Windparks Anfang 2022 gab es mehrere Demonstrationen, zu denen eine Freie Wählergemeinschaft, teilweise mit Unterstützung der Bürger*inneninitiative *Rettet den Reinhardswald*, aufgerufen hatte. An diesen Versammlungen nahmen mehrere hundert Personen teil, darunter lokale Politiker*innen und politische Amtsträger*innen (Temme, 2022; Thiele, 2022).

Die Argumente der Gegner*innen des Windparks Reinhardswald stellten insbesondere heraus, dass dieser mit dem Landschafts-, Natur- und Artenschutz unvereinbar sei. Sie führten an, dass die Rotorblätter der Windräder Vögel, Fledermäuse und Insekten töten oder die Böden und das Grundwasser angreifen würden (Müller, 2021; *Rettet den Reinhardswald*, o.J.a). Auch wurde kritisiert, dass die Windkraftanlagen im Wald dem Tourismus in der Region und damit auch der lokalen Wirtschaft schaden würden (Gehlen, 2013; *Rettet den Reinhardswald*, o.J.a). Zudem wurde das Land Hessen dafür kritisiert, dass es als Eigentümerin des Waldes Proteststimmen ignoriere (Henke, 2023; *Rettet den Reinhardswald*, o.J.a) und es bei dem Projekt letztlich um ein wirtschaftliches, an Gewinnerzielung ausgerichtetes Vorhaben gehe und weniger um Klimaschutz (*Rettet den Reinhardswald*, o.J.a).

⁷ Eine dieser Gemeinden war die Stadt Hofgeismar, die in Erwartung eines mangelnden Erfolges ihre Klage allerdings wieder zurückzog (Neu, 2022).

Neben der stark wahrnehmbaren Ablehnung des Windparks Reinhardswald zeigten sich auch Stimmen pro Windkraft, die u.a. aus der lokalen Politik oder überregionalen Initiativen vernehmbar waren; so fand beispielsweise im März 2022 unter Beteiligung diverser Akteure, wie politischer Parteien und Klimainitiativen, eine Fahrrad-Demo unter dem Motto „Mit Windkraft für Klimagerechtigkeit!“ statt (dpa Hessen, 2022; vgl. z.B. Bündnis 90/Die Grünen Landkreis Kassel, 2022; Klimagerechtigkeit Kassel, 2022).

5.1.4 Äußerst rechte und Positionierungen zum Windpark Reinhardswald

Ein Ziel der Forschung im RIOET-Projekt war es, mögliche Interventionen von lokalen Akteur*innen aus dem äußerst rechten und verschwörungsideologischen Spektrum in die untersuchten Transformationsprozesse zu identifizieren und insbesondere die strategische Kommunikation in Richtung junge Zielgruppen zu untersuchen.

Diesbezüglich wurden im Falle des Reinhardswaldes mehrere Akteur*innen sichtbar, die zwar zumeist nicht lokal verortbar waren, aber durch diverse Aktionen auch lokal auftraten oder sich in der Kommunikation auf die lokale Situation bezogen. Eine*r dieser Akteur*innen war die *Alternative für Deutschland* (AfD), die bei den letzten hessischen Landtagswahlen im Jahr 2023 18,4% der Zweitstimmen erzielte (Landeswahlleiter Hessen). Dies war nach der CDU (34,6%) der zweithöchste Stimmenanteil, womit die AfD derzeit die stärkste Oppositionspartei im Hessischen Landesparlament ist. Die zehn Jahre lang regierende schwarz-grüne Koalition wurde im Januar 2024 durch eine schwarz-rote Koalition ersetzt (hessenschau.de, 2024). In den an den Reinhardswald angrenzenden Städten lag der AfD-Stimmenanteil teilweise noch über dem Landesschnitt (Landeswahlleiter Hessen, 2023b). Dies galt auch für die Städte Hofgeismar und Reinhardshagen, in denen die AfD mit 20,9% und 21,9% den höchsten Stimmenanteil in der Region erzielen konnte (Landeswahlleiter Hessen, 2023a, 2023c). Die Partei verfügt dort jedoch, ebenso wie andere Parteien der äußersten Rechten, nicht über Sitze in den entsprechenden Stadtverordnetenversammlungen: In diesen haben seit den letzten hessischen Kommunalwahlen im Jahr 2021 in die SPD (Hofgeismar) bzw. die „Unabhängige Wählergemeinschaft UWG: Freie Bürger“ (Reinhardshagen) die meisten Sitze (Landeswahlleiter Hessen, 2021a, 2021b).

Hinsichtlich lokaler Aktionen der AfD im Reinhardswald ist zunächst eine „Protestaktion“ zu nennen, die im August 2020 von Mitgliedern der AfD-Bundestags- und Landtagsfraktion, darunter die umweltpolitischen sowie wirtschafts- und energiepolitischen Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, durchgeführt wurde. Im Rahmen dieser Aktion wurden von Seiten der AfD eine Pressekonferenz und eine Übernachtung im Wald organisiert, flankiert von YouTube-Videos zur Aktion, Flugblättern und Infobroschüren. Ähnlich wie bei einer vergleichbaren Aktion zwei Jahre später äußerte sich die AfD ablehnend gegen den Windpark Reinhardswald und argumentierte weitgehend übereinstimmend wie die oben angesprochenen Kritiker*innen des Windparkprojekts: Argumente des Umwelt-, Natur- und Artenschutzes wurden angeführt und auf einen fehlenden Willen der Bürger*innen verwiesen (AfD Bundestagsfraktion, 2020a, 2020b; AfD-Fraktion Hessen, o.J., 2022a, 2022b). Auch die AfD-Jugendorganisation Junge Alternative (JA) tauchte im Reinhardswald auf und inszenierte sich im Frühjahr 2022 in einer auf YouTube hochgeladenen Protestaktion unter dem Banner „Märchenwald bleibt! Mythos Wald statt Klimawahn“ u.a. beim Einpflanzen junger Bäume im Wald. Dabei wurde auf den Reinhardswald in einer kultur-historischen Perspektive als „Märchenwald“ bzw. „Grimms Märchenwald“ Bezug genommen. Der Wald wurde als Teil der nationalen und regionalen Identität betont sowie eine explizite Verknüpfung von Ökologie, Umweltschutz und Heimatschutz hergestellt (AfD-Kompakt, 2022; Junge Alternative, 2022).⁸

Zudem wurden seitens der AfD das Bündnis 90/Die Grünen bzw. dessen als ideologisch beschriebene Energiewendepolitik angegriffen und als Hauptverantwortliche für das kritisierte Windparkprojekt benannt, etwa wenn in einem von der AfD-Fraktion Hessen geteilten Facebook-Post ein junges AfD-Mitglied mit der Äußerung zitiert wird, dass die grünen „Windrad-Ideologen und keine Umweltschützer“ seien (AfD-Fraktion Hessen, 2018).

⁸ Auch die äußerst rechte *Identitäre Bewegung*, die nach Angaben der Behörde im Jahr 2022 ca. 40 hessenweite und ca. 400 bundesweite Mitglieder hatte (IM Hessen, 2023, S. 77) und in ihrem Agieren bewusst versucht junge Menschen anzusprechen, versuchte im Februar 2022 ähnliche Aktion. Allerdings scheiterte diese, da die geplante Versammlung polizeilich untersagt wurde (IM Hessen, 2023, S. 81).

Auch wenn die AfD mit ihrer Kritik am geplanten Windparkprojekt im Reinhardswald in diversen Punkten im Einklang mit lokalen Anti-Windpark Bürger*innen-Initiativen stand, stieß sie bei diesen nicht auf positive Resonanz. Vielmehr wurden von diesen Vereinnahmungsversuche durch die AfD beklagt: So habe die AfD zwar im Vorfeld der o.g. Aktion im Reinhardswald den Initiativen Unterstützung angeboten oder diese auf der Einladung zur Aktion verlinkt (Holdinghausen, 2020).⁹ Die Initiativen, die sich als „parteipolitisch neutral“ bezeichnen, reagierten ablehnend und distanzieren sich auf ihrer Website „ausdrücklich von jeglicher Form von Extremismus, insbesondere von rechtem Gedankengut, von der AfD und Gruppierungen wie dem Reichsbürgertum“ sowie von falschen Behauptungen der AfD, dass der ganze Wald oder der Reinhardswalder „Urwald“ abgeholzt werden würde (Holdinghausen, 2020; Rettet den Reinhardswald, o.J.b).¹⁰ Zudem veranstaltete am 16. März 2024 die am Reinhardswald angrenzende Ortschaft Immenhausen zusammen mit einem ansässigen Sportverein und dem Naturpark Reinhardswald eine Aktion gegen Rassismus (Hoffmann, 2024). Bei dieser Gelegenheit grenzte sich auch der Landrat des Landkreises Kassel, Andreas Siebert, gegenüber Vereinnahmungsversuchen der AfD ab: „Unser Märchenwald – der Reinhardswald – gehört uns. Wir lassen ihn nicht durch gezielte Desinformationskampagnen der AfD übernehmen“ (ebd.). Die Geschäftsführerin des Naturparks Reinhardswald hob hervor, dass Begriffe und Themen wie Heimat, Reinhardswald, Märchen, Natur- und Umweltschutz „positiv besetzt seien und sie nicht völkisch-nationalistisch gesinnten Gruppen und Rechtspopulisten überlassen werden dürften“ (ebd.).

Eine weitere Akteurin der organisierten äußersten Rechten, die Bezüge zum lokalen Transformationsprozesses im Reinhardswald zeigte, war die Partei „Der III. Weg“, die nach Angaben der hessischen Verfassungsschutzbehörde im Jahr 2022 bundesweit 700 und hessenweit 35 Mitglieder hatte (IM Hessen, 2023, S. 135). Die neonazistische Kleinstpartei ist seit 2021 mit mehreren Veranstaltungen in Nordhessen in Erscheinung getreten und gründete kürzlich ihrem Bemühen einer bundesweiten Verankerung folgend einen sogenannten „Stützpunkt“ in der Region (o.A., 2023). Abgesehen von wenigen Aufklebern mit Parteilogos, die im Naturpark Reinhardswald auftauchten, scheint es anders als im Falle der AfD keine lokalen Aktionen der Partei und ihrer Aktivist*innen gegeben zu haben, die sich thematisch dezidiert auf die Situation im Reinhardswald bezogen. Allerdings wurde die Situation in zwei Onlinebeiträgen auf der Parteiwebsite thematisiert (Der III. Weg, 2022, 2023). In diesen wurde u.a. zur „Rettung“ des Reinhardswalds aufgerufen und ebenfalls behauptet, dass der ganze „Märchenwald [...] abgeholzt“ würde (Der III. Weg, 2023). Dieser würde „gefällt für 241 Meter hohe Monsterwindräder“ und für das „Klima‘ [...] abgeholzt“ (ebd.). Zudem wurde formuliert, dass die Partei für Natur- und Umweltschutz kämpfen würde und dieser eng mit dem Heimatschutz verbunden sei. Dies würde sich am Reinhardswald zeigen, der dementsprechend als „Rückzugsort für deutsche Menschen“ beschrieben wurde (ebd.). 'Heimat' wird in diesem Kontext völkisch verstanden als exklusiver Ort des angestammten deutschen Volkes.

Im Zuge der Forschung wurden zudem drei Telegram-Gruppen mit lokalem Bezug identifiziert. Bei einer davon handelte es sich um den Informationskanal einer lokalen Anti-Windkraftinitiative. In den beiden anderen Gruppen wurden neben den Informationen dieser Initiative auch klimawandelleugnende und verschwörungsideologische Narrative verbreitet. In der reichweitenstärkeren Gruppe gab es zunächst Interventionsversuche der Mitglieder der Initiative gegen solche Positionen.

Die Situation im Reinhardswald wurde auch in diversen Medien der äußersten Rechten behandelt. Dies ist deshalb bemerkenswert, weil es in Deutschland auch an vielzähligen anderen Orten realisierte und geplante Windparkprojekte und Anti-Windkraft Initiativen gibt (Rechercheteam Europäische-Energiewende-Community, 2021), ohne dass eine so große Aufmerksamkeit bei rechten Akteur*innen sichtbar wurde wie die Situation im Reinhardswald. Zu nennen wären hier mehrere über die letzten Jahre verteilten Beiträge und Gastkommentare im

⁹ Derartige Verlinkungen finden sich auch auf der Website der neonazistischen Kleinstpartei *Der III. Weg*, in einem das geplante Windparkprojekt ebenso ablehnenden Beitrag (Der III. Weg, 2022).

¹⁰ Zudem wurden von der AfD-Fraktion Hessen mehrere kleine Anfragen zur Windkraft gestellt. Dabei wurden diverse Themenbereiche adressiert: Beispielsweise der Flächenverbrauch von Windkraftanlagen (AfD-Fraktion Hessen, 2019a), die Entsorgung von Windkraftanlagen und die damit verbundenen Kosten (AfD-Fraktion Hessen, 2019b), das Brandschutzkonzept in Windkraftanlagen (AfD-Fraktion Hessen, 2020) sowie die potenziellen negativen Auswirkungen solcher Anlagen in Wäldern (AfD-Fraktion Hessen, 2019a, 2021).

nationalliberalen und rechtskonservativen Online Magazin *Tichys Einblick*, in denen sich eine signifikante Schnittmenge zu den Argumenten der lokalen Windparkkritiker*innen zeigte (vgl. z.B. Douglas, 13.12.203; Etschreit, 2022; Tichy Redaktion, 2019).

Eine solche Art der Bezugnahme fand sich auch in einem Onlineartikel des völkischen Magazins *Die Kehre*, in welchem u.a. die lokale Anti-Windkraft Initiative Pro Märchenland e.V. mit ihrem Protestspruch „Das Märchenland ist stinksauer“ (Schindler, 2014) zitiert und das Vorhaben im Reinhardswald als „ökologische Katastrophe“ beschrieben wurde (Fröhlich, 2020). Angesichts der Wiederaufnahme der Fäll- und Rodungsarbeiten titelte die rechte jungkonservative Wochenzeitung *Junge Freiheit* (JF) mit starker Bezugnahme auf einen BILD-Artikel (Schlagenhauser & Storch) „Grüne zerstören Märchenwald für Windräder“ (Junge Freiheit, 2023) und stellte damit ebenso wie andere äußerst rechte Akteur*innen die Partei Bündnis90/Die Grünen als wesentliche Verursacherin für die behauptete Zerstörung des Märchenwaldes dar.

5.2 Lokaler Transformationsprozess 2: Kohleausstieg im Rheinischen Revier

5.2.1 Die Transformationsregion Rheinisches Revier

Neben dem geplanten Windpark im Reinhardswald wurde im Zuge des RIOET-Projekts auch der vorgezogene Kohleausstieg im sogenannten „Rheinischen Revier“ als sozialökologischer Transformationsprozess in den Blick genommen. Das Rheinische Revier liegt in der Niederrheinischen Bucht im Städtedreieck Aachen, Mönchengladbach und Bonn (Lanuv NRW, o.J.) und dient seit dem 19. Jahrhundert der industriellen Kohlegewinnung (DEBRIV, o.J.). Als größtes Braunkohlerevier Europas umfasst es die Tagebaue Inden I/II, Garzweiler I/II und Hambach und beherbergt auf 4.800 qkm etwa 2,5 Millionen Menschen in 65 Städten und Gemeinden (Lanuv NRW, o.J.; Strukturwandel Rheinisches Revier). Im Jahr 2020 wurden 51,4 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert, was 47,86 Prozent der gesamten deutschen Braunkohleförderung entspricht (Wirtschaftsministerium NRW, o.J.b). Aufgrund ihrer Prägung durch die Braunkohleförderung ist die Region auch von verschiedenen Problemlagen und Konflikte betroffen, worauf Goerke, Kamlage und Pauß (2023) in einer Studie zum „Strukturwandel des Rheinischen Reviers“ hinweisen: „Bergbauschäden, Umweltbelastungen und Eingriffe in die Natur- und Kulturlandschaft prägen die Region genauso wie der Kampf gegen Umsiedlungen von Dörfern. In den letzten Jahren war das Revier auch Schauplatz bundesweiter Proteste der Klimabewegung (z. B. Hambacher Wald 2018 und Lützerath 2022/23)“ (ebd. S.3). Damit einhergehend spielt das Thema der Arbeitsplatzsicherheit in der Braunkohleindustrie in der Region eine wichtige Rolle. Nach Zahlen der Statistik für Kohlewirtschaft (2024) waren im Jahr 2022 7.676 Personen im Rheinland in der Braunkohleindustrie beschäftigt, wohingegen es im Jahr 2019 noch 9.785 und im Jahr 2010 noch 11.606 Beschäftigte waren (Statistik der Kohlenwirtschaft e.V., 2024). Im Laufe der Zeit hat sich die Anzahl der Arbeitsplätze in der rheinischen Braunkohleindustrie deutlich verringert (ebd.; vgl. dazu auch Roth, Kropp & Sujata, 2020, S. 18–20), eine Entwicklung, die sich auch bundesweit zeigt (Statistik der Kohlenwirtschaft e.V., 2024). Bezüglich der Frage nach einem möglichen Zusammenhang zwischen wegfallenden Stellen in der Braunkohleindustrie und der Arbeitslosenquote im Rheinischen Revier zeigen Berechnungen des MDR-Projekts „Hinter dem Abgrund – Leben in der Lausitz“, dass die Arbeitslosenquote im Rheinischen Revier im Oktober 2023 um 0,86% höher lag als die bundesweite Quote (MDR, o.J.), die zu diesem Zeitpunkt 5,7% betrug (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 2023). Zudem hat sich gezeigt, dass diese Differenz seit 10 Jahren konstant bei einem guten Prozent liegt (MDR, o.J.). Allerdings habe seit den 2000er Jahren der Verlust von Braunkohlearbeitsplätze nur einen geringen Effekt auf die Arbeitslosenquote im Revier gehabt (ebd.).

5.2.2 Der Transformationsprozess Kohleausstieg im Rheinischen Revier

Die Thematik (möglicher) Arbeitsplatzverluste in der Braunkohleindustrie und das Protestgeschehen im Rheinischen Revier stehen in Teilen auch in Zusammenhang mit dem bundesweiten Ausstieg aus der Braunkohleverstromung, insbesondere mit dem vorgezogenen Braunkohleausstieg im Rheinischen Revier: Aus Gründen des Klimaschutzes kam es im Oktober 2022 zu einem Kompromiss zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen, das seit dem 28. Juni 2022 von einer schwarz-grünen Regierung regiert wird, der Bundesregierung und der RWE Power AG, der

Betreibergesellschaft der drei Tagebaue im Rheinischen Revier. Der Kompromiss beinhaltete einen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis zum Jahr 2030 (Deutscher Bundestag, 2022; Wirtschaftsministerium NRW, o.J.a). Damit wurde der bereits für 2038 geplante bundesweite Kohleausstieg, der auf den Empfehlungen der sogenannten „Kohlekommission“¹¹ von 2019 basiert und 2020 beschlossen wurde, im Rheinischen Revier um acht Jahre auf das Jahr 2030 vorgezogen (Deutscher Bundestag, 2020, 2022; Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, 2019; Wirtschaftsministerium NRW, o.J.a). Von dieser Einigung war vor allem der Tagebau Garzweiler II betroffen, dessen Abbaufelder erheblich verkleinert werden sollten. Das führte dazu, dass entgegen den ursprünglichen Plänen der Großteil der Ortschaften in der Nähe des Tagebaus, die zu Erkelenz gehören, nicht umgesiedelt und für die Kohlegewinnung abgebagert werden sollte (Wirtschaftsministerium NRW, o.J.a). In der Vergangenheit war dies bei vielen Ortschaften im Rheinischen Revier geschehen.¹² Ausgenommen von dieser Erhaltung von Ortschaften war allerdings die Ortschaft Lützerath, deren Abriss aus Sicht der Landesregierung Nordrhein-Westfalen zur Braunkohlegewinnung und damit zur Wahrung der Energieversorgungssicherheit notwendig blieb (RND, 2023; Wirtschaftsministerium NRW, o.J.a, 2023).

5.2.3 Aspekte des Transformationskonflikts Kohleausstieg im Rheinischen Revier

Dies führte zu einem umfangreichen Protestgeschehen um die sich schon seit 2006 in Umsiedlung befindende und seit 2020 von Klimaaktivist*innen besetzte Ortschaft Lützerath (Pasvantis, 2020; RND, 2023). Zahlreiche Protestaktionen und mehrere Großdemonstrationen zogen großes, auch internationales medialem Interesse auf sich (Deutschlandfunk, 2023; Küppers, 2022; RND, 2023). Dabei richteten sich die Proteste auch gegen die polizeiliche Räumung von Lützerath, die nach mehreren Tagen und trotz aller Widerstände am 11. Januar 2023 abgeschlossen war (Deutschlandfunk, 2023). Damit knüpften die Proteste um Lützerath an eine jahrzehntelange Kontinuität von Protesten und Klagen an, die sich gegen den Kohleabbau im Rheinischen Revier¹³ und/oder damit einhergehenden Zwangsentlegungen und Umsiedlungen richteten. Ähnlich wie im oben beschriebenen Falle des Reinhardwaldes gingen diese von einer großen Bandbreite von Akteur*innen aus, darunter Bündnisse aus der Anti-Kohle- und Klimabewegung, Umweltverbänden, Kirchengemeinden, Bürger*inneninitiativen, Anwohnenden sowie teilweise auch Lokalpolitiker*innen und betroffene Städte und Kreise (BUND NRW, o.J.; Dederichs; Jansen & Schubert, 2014; Speen & Rohman; Speen & Spichartz, 2015; Zeit Online, 2013).

Neben den vielzähligen Anti-Kohle-Aktionen und -Protesten gab es im rheinischen Kohlerevier in den letzten Jahren auch mehrere Pro-Kohle Aktionen und Proteste. Diese thematisierten vor allem mögliche Arbeitsplatzverluste durch einen vorgezogenen Ausstieg aus der Braunkohlegewinnung und -verstromung. Teil der Proteste waren diverse Mahnwachen der IGBCE (Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie) (IGBCE, o.J). In deren Rahmen kam es in einem Fall zu einer Protestaktion vor dem Privathaus eines kohlekritischen Mitglieds der Kohlekommission, welches sich dadurch bedroht fühlte (Eberle, 2018). Während sich die IGBCE von dieser Aktion distanzierte, wurde von Seiten der Firma RWE, neben einer Distanzierung auf Bedrohungen und Übergriffe auf Mitarbeitende des Unternehmens im Hambacher Forst sowie auf die durch den Kohleausstieg bedrohten Arbeitsplätze verwiesen (Eberle, 2018; NTV,

¹¹ Im Juni 2018 wurde von der deutschen Bundesregierung die *Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung*, oft als „Kohlekommission“ bezeichnet, ins Leben gerufen. Ihre Hauptaufgabe bestand darin, einen Plan für den schrittweisen Rückzug aus der Nutzung von Kohle zur Stromerzeugung zu entwerfen, der sowohl mit den nationalen Zielen zum Klimaschutz übereinstimmt als auch gleichzeitig den von diesem Wandel betroffenen Regionen und den in der Kohleindustrie Beschäftigten gerechte und zukunftsfähige Perspektiven bietet. Die 31-köpfige Kommission setzte sich aus Expert*innen aus der Wirtschaft, Industrie, Umweltorganisationen, Gewerkschaften, der Verwaltung sowie Vertreter*innen der vom Kohleausstieg betroffenen Regionen zusammen und aus drei parlamentarischen Mitgliedern ohne Stimmrecht. Nachdem sich die Kommission nahezu im Konsens auf einen Ausstieg aus der Kohleverstromung geeinigt hatte, wurden deren Empfehlungen Anfang 2019 der Bundesregierung vorgelegt (Agora Energiewende und Aurora Energy Research, 2019).

¹² Allein im Gebiet der heutigen Tagebaue Garzweiler I/II, das auch den ehemaligen Tagebau Frimmersdorf umfasst, wurden seit den 1960iger Jahren vielzählige Ortschaften geräumt, umgesiedelt und abgebagert (BUND NRW, o.J., 2022; Zweckverband Landfolge Garzweiler, 2022).

¹³ Zu nennen wäre hier auch noch das oben erwähnte Protestgeschehen im Hambacher Wald/Forst, der 2012 das erste Mal von Antikohle-/Klima-Aktivist*innen besetzt und 2018 einhergehend mit großen Demonstrationen das letzte Mal geräumt wurde (Brochhagen, Drescher, Reschke Torsten & Tenta Sabine, 2019). Im Ausgang des beschlossenen Kohleausstiegs 2038 wurde der Wald an der Abbruchkante des Tagebaus Hambachs entgegen den ursprünglichen Plänen letztlich doch nicht für den Tagebau in Anspruch genommen (Deutscher Bundestag, 2020).

2018; RWE Media Relations Team, 2018). Zudem gab es 2018 unter dem Motto „Ohne gute Arbeit kein gutes Klima. Wir sind laut für unsere Jobs“ im Kontext einer Tagung der Kohlekommission eine größere Demonstration mit 20.000 Beschäftigten aus der Kohleindustrie und der Energiewirtschaft gegen einen schnellen Kohleausstieg (kw, jmw & sti, 2018). Die in den Pro-Kohle Aktionen und -Protesten adressierte Thematik möglicher Arbeitsplatzverluste wurde auch vom Wirtschaftsministerium NRW thematisiert: Die durch den vorzeitigen Kohleausstieg 2030 vermutlich abgebauten 14.4000 Arbeitsplätze würde nach Ansicht des Ministeriums „mehr als kompensiert“ (Wirtschaftsministerium NRW, 2021), da durch vom Land und vom Bund zur Verfügung gestellte Strukturfördermittel gleichzeitig 27.000 neue Arbeitsplätze geschaffen würden. Gegenüber einer solchen Prognose meldete die oppositionelle SPD-Landtagsfraktion im Rahmen einer Großen Anfrage deutliche Zweifel an (Magoley, 2024; SPD NRW Landtagsfraktion, 2024). Dass die Frage möglicher Arbeitsplatzverluste durch den vorgezogenen Kohleausstieg auch auf lokaler Ebene thematisiert und diskutiert wird, zeigte sich nicht nur im Rahmen der Fokusgruppeninterviews (siehe unten, Kapitel 5.3.2), sondern auch bei einer Feldbegehung: Dabei äußerten Einwohner*innen einer Gemeinde mit hoher RWE-Beschäftigungsrate gegenüber einem RIOET-Forscher Sorgen vor Arbeitsplatzverlusten in der Region und zeigten Verständnis für entsprechende Ängste von Beschäftigten in der Kohleindustrie. Dies zeigt, dass jenseits der genannten eher positiven Prognosen des Wirtschaftsministeriums NRW und der eher geringen Auswirkungen des Strukturwandels in der Braunkohleindustrie auf die Gesamtarbeitslosenquote im Rheinischen Revier in Teilen der lokalen Bevölkerung Befürchtungen bestehen, dass ein beschleunigter Kohleausstieg negative Folgen für Einzelpersonen und die Region haben könnte.

5.2.4 Äußerst rechte Positionierungen zum Kohleausstieg im Rheinischen Revier

Auch im Falle des Transformationsprozesses um den vorgezogenen Kohleausstieg gab es verschiedene Bezüge von Akteur*innen aus dem äußerst rechten Spektrum zur Thematik. Hierbei zeigte sich wiederum die AfD bzw. die AfD NRW als deutlich sichtbare Akteurin, auch wenn sie bei den letzten NRW-Landtagswahlen im Jahre 2022 lediglich einen Zweitstimmenanteil von 5,4% in ganz NRW erreichte (Landeswahlleiterin NRW, 2022) und in den Kreisen des Rheinischen Reviers ähnlich schwache Ergebnisse erzielte (ebd.), so etwa 5,8% im Kreis Heinsberg (Statistisches Landesamt NRW, o.J.b). Auch bei den letzten NRW-Kommunalwahlen im Jahr 2020 schnitt die AfD vergleichsweise schlecht ab, indem sie nur 5,1% der Stimmen in ganz NRW erzielte (Landeswahlleiterin NRW, 2020). Im Rat der Stadt Erkelenz, zu dem viele der (ehemaligen) Ortschaften am Tagebau Garzweiler II gehören, ist die AfD, was auch für andere Parteien der äußersten Rechten gilt, hingegen derzeit überhaupt nicht vertreten (Statistisches Landesamt NRW, o.J.a).

In ihrer Bezugnahme auf den vorgezogenen Kohleausstieg thematisierte die AfD auch mögliche Arbeitsplatzverluste im Rheinischen Revier, etwa durch eine damalige Landtagsabgeordnete, die im Jahr 2018 an dem genannten Pro-Kohle-Protest teilnahm, um protestierende Mitarbeiter aus der Kohleindustrie zu unterstützen (AfD-Landesverband Nordrhein-Westfalen, 2018). Entsprechend wurde von Seiten der AfD NRW behauptet, dass durch den Kohleausstieg, der „ideologisch getrieben“ sei (AfD-Landesverband Nordrhein-Westfalen, 2022, S. 73), „unzählige Menschen“ ihre Arbeit verlieren würden (AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen, 2019a). Zudem würden durch den Kohleausstieg, „die teuersten Strompreise der Welt noch teurer“ werden, ohne dass zugleich der CO₂ Ausstoß reduziert würde (AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen, 2019a); zudem wurde noch die Energiesicherheit bedroht (AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen, 2019b). Diese wesentlichen Positionen zum Kohleausstieg bzw. zur Energiewende finden sich auch bei der Bundestagsfraktion der AfD wieder, die als einzige Partei im Deutschen Bundestag den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung vollständig ablehnt und weitestgehend rückgängig machen will (AfD Bundestagsfraktion, 2023b).

In vergleichbarer Weise wurde von der AfD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalens das Protestgeschehen um Lützerath thematisiert, während zu den Umsiedlungen von Dörfern zum Zwecke der Kohlegewinnung geschwiegen wurde. Mitglieder der AfD-Landtagsfraktion suchten während der Räumung das Gelände auf und posteten dazu einen in den Sozialen Medien geteilten Videobericht (AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen, 2023a). Dabei wurden die Proteste um Lützerath mit dem Begriff des „Klimaterrors“ assoziiert (ebd.) und in anderen Social-Media-Äußerungen der AfD wurden Klimaaktivist*innen als „Klimaterroristen“ bezeichnet, so auch Greta Thunberg und Lisa Neubauer,

die beide während der Räumung Lützerath vor Ort waren (AfD, 2023). Der Partei Bündnis 90/Die Grünen wurde unterstellt, sie würden in Lützerath mit „Klimaterroristen Hand in Hand gegen unsere Polizei“ auftreten (AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen, 2023b).

Im Jahr 2022 teilte der AfD-Fraktionsvorsitzende des Landtages in Thüringen, Björn Höcke, in mehreren Sozialen Medien einen Post zur Situation im Reinhardswald (vgl. z.B. Höcke, 2023), in dem er einen Vergleich zwischen den Protesten in Lützerath und im Reinhardswald zog: „Anders als bei dem linksextremen Medienspektakel um 'Lützi' lassen sich in Nordhessen keine Berufsrebelln blicken. Der Widerstand ist authentisch, parteiübergreifend und getragen vom bürgerlichen Mittelstand der Region. Dieser Wald ist ein nationales Naturerbe, das uns alle angeht“ (ebd.).

Abgesehen von der AfD, die In Gestalt der genannten Aktionen rund um (vorgezogenen) Kohleausstieg im Rheinischen Revier eine gewisse lokale Präsenz zeigte, sich vor allem aber in den Sozialen Medien zum Thema äußerte, hat das Forschungsprojekt keine weiteren Akteure der organisierten äußersten Rechten identifiziert, die sich im Untersuchungszeitraum zum Thema positioniert haben.

Dieses Ergebnis bestätigten auch mehrere der interviewten Personen aus der Region Erkelenz, die zudem der Ansicht waren, dass in Erkelenz und den Ortschaften um Garzweiler II weder die AfD noch weitere Akteur*innen der äußersten Rechten eine größere Rolle spielen würden. Ein als Experte interviewtes Mitglied eines bundesweiten Anti-Kohle-Bündnisses, der sowohl mit der Situation des Kohleausstiegs in West- als auch in Ostdeutschland vertraut war und zudem aus der Region Erkelenz stammte, äußerte dementsprechend, dass die AfD bereits ein Jahr vor den Ereignissen in Lützerath aufgehört habe, die Kohleausstiegsthematik politisch zu adressieren. Seines Erachtens wäre das Feld „an die Linken [verloren] [...] wenn man nur diese zwei Gruppen unterscheiden will“. Äußerst rechte Organisationen und entsprechend organisierte junge Menschen seien ihm nicht aufgefallen, was er auch darauf zurückführte, dass es in den Ortschaften rund um Garzweiler II nur wenige junge Menschen gäbe. Der Experte zog zudem einen Vergleich zwischen der Situation um den Tagebau Garzweiler II und der Situation im ostdeutschen Lausitzer Kohlerevier. Er stellte einen großen Unterschied hinsichtlich der lokalen Verankerung und Mobilisierungsfähigkeit äußerst rechter Strukturen und teilweise auch hinsichtlich des politischen Diskurses und Stimmungsbildes fest:

„Und ich würde sagen, also erstens gibt es tatsächlich Aktive und da würde ich schon sagen rechtsextreme Strukturen in der Lausitz, die quasi auch dort verankert sind, die vor Ort aktiv sind und die aber auch quasi Einfluss nehmen auf sowohl die lokale Bevölkerung als auch auf die Mitarbeiter innen LEAK [das ansässige Energieunternehmen] und die auch ein relevanter Player einfach sind, das gibt es bei uns [in NRW] gar nicht. [U]nd auch die ich sag mal lokalen Diskurse [in der Lausitz] würde ich tatsächlich nicht als ‚besorgte Bürger und konservativ katholisch‘ [wie in NRW] benennen, sondern schon als ein Großteil wählt halt AfD und meint das auch so. Und für die gibt es halt dann einfach keinen Klimawandel. Für die ist links, für die ist alles... Die Grünen sind die eigentliche Diktatur. Also das ist, das sind Dinge, die bei uns nie gesagt wurden und auch glaube ich Leute nicht gedacht haben in NRW, da wo ich aktiv war, bin. [...] Das war jetzt zum Beispiel gestern eine große Demo und da waren zum Beispiel auch einfach Faschos vor Ort und haben dagegen demonstriert. Das war das falsche Wort, haben Gegenmacht versucht aufzubauen. Es gab auch mehrere Vorfälle, wo nichtweiße Menschen öffentlich rassistisch, hart beleidigt wurden mit Anwesenheit von Polizei. Das ist etwas, was ich in NRW einfach nicht erlebt habe und auch quasi, dass es sozusagen überhaupt Gegenproteste in dem Maßstab zusammen mit Faschos habe ich auch nicht erlebt. Ähm. Genau. [...] [U]nd dann die Antwort ist aber die AfD, die AfD ist die einzige Partei, die unsere Sorgen noch ernst nimmt. Und deswegen, und die wollen ja auch keinen Kohleausstieg und die werden das schon wieder richten.“ (Experte Anti-Kohle-Bündnis)

5.3 Ergebnisse der empirischen Forschung

Im Rahmen des RIOET-Projekts wurde auch untersucht, welche Sichtweisen junge Menschen zu den jeweiligen lokalen Transformationsprozessen in ihren Regionen und der Klimawandelthematik im Allgemeinen hatten, was in den geführten Fokusgruppeninterviews und mit einem Fokus auf individuelle Perspektiven und biografische Erfahrungen im Rahmen der geführten narrativ-biografischen Einzelinterviews stattfand. Zudem wurde in den Fokusgruppeninterviews anhand ausgewählter Impulse diskutiert, wie die im Projekt untersuchten Transformationsprozesse, aber auch die Themen ‚Klimawandel‘ und ‚Klimawandelpolitik‘ von Akteur*innen aus dem

äußerst rechten und verschwörungsideologischen Spektrum aufgegriffen wurden (vgl. das Kapitel 4 dieser Analyse). Im Weiteren werden erste Zwischenergebnisse dieser empirischen Forschung präsentiert.

5.3.1 Diskussionen und Perspektiven zum Klimawandel

Anhand der im Methodenteil genannten Gesprächs- und Diskussionsimpulse haben die Teilnehmenden der Fokusgruppeninterviews als Reaktion auf den ersten Impuls (vgl. das Kapitel 4 dieser Analyse) auch über die Klimawandelthematik im Allgemeinen diskutiert. Diesbezüglich ist zunächst hervorzuheben, dass in allen der dieser Situationsanalyse zugrundeliegenden Fokusgruppeninterviews und narrativ-biographischen Interviews der Klimawandel als Tatsache anerkannt, als weitgehend menschengemacht begriffen und als „ziemlich wichtiges“ (Sebastian) und „ernstes“ (Julio) Thema und großes Problem bewertet wurde. Dies zeigte sich z.B. bei Gregor:

„Wenn es jetzt so weitergeht und, sage ich mal, man nichts ändert groß und alles jetzt so weitermacht, wie es gerade läuft, dann sehe ich da halt auch keine große Zukunft mit der Erde oder eher gesagt mit uns Menschen auf der Erde, denn irgendwann sind halt auch einfach irgendwann die Kapazitäten der Erde halt aufgebraucht. Dann haben wir kein Wasser mehr oder kein reines Wasser mehr, keinen Sauerstoff mehr, nicht mehr viel. So. Und ich weiß halt einfach/ Also ich für mich persönlich weiß nicht, ob ich vielleicht mal Kinder auf die Welt setzen möchte oder nicht [...]. So berührt mich das Thema halt, sage ich, persönlich.“ (Gregor)

Nach ihren Emotionen zum Klimawandel befragt, wurde eine eher negative Grundstimmung artikuliert und mit Emotionen wie „Unwohlsein“ (Lou), „Traurigkeit“ (Bilal), einem allgemein „schlechten Gefühl“ (Markus) in Verbindung gebracht oder ein Gefühl der Machtlosigkeit artikuliert:

„Ja, also auf zwei Worte eigentlich erst mal machtlos. Also man hat halt sehr wenig Einfluss. Auch, wenn man durch das Handeln einer einzelnen Person doch Einfluss gewinnen kann, aber er ist halt immer noch ziemlich gering wie eine Ameise im Ameisenhaufen. Wo man ja nicht alleine als einzelne Ameise einen Haufen versetzen kann, aber mit allen schon.“ (Sebastian)

In Sebastians Äußerung wird auch die Frage nach der Handlungsmacht und den Handlungsmöglichkeiten Einzelner bezüglich des Klimawandels sichtbar, die in den Diskussionen auch mit der Frage verbunden war, wer alles für den Klimawandel und vor allem für dessen Bekämpfung verantwortlich sei. Diesbezüglich wurde die Verantwortlichkeit nicht allein bei den einzelnen Individuen gesehen, die nach Auffassung von Teilnehmenden z.B. durch ihr Konsum- und Mobilitätsverhalten einen Beitrag gegen den Klimawandel leisten könnten, sondern auch bei Unternehmen, der Industrie und internationalen Konzernen. Der Politik wurde vor allem eine Steuerungs- und Reglementierungsaufgabe zugeschrieben, etwa wenn es darum geht, „Unternehmen und Konzerne [...] in der Art, sie Dinge produzieren, herstellen und handeln“ einzuschränken (Lou). Zudem wurde die Rolle und die Verantwortlichkeit von anderen Staaten, darunter emissionsstarken Ländern die USA und China, kritisch diskutiert und beispielsweise die Position vertreten, dass 'jemand' bei der Bekämpfung des Klimawandels den Anfang machen müsse und dabei Deutschland „als Vorreiter beziehungsweise als Vorbild für die anderen Länder fungieren könnte“ (Julio).

Für Ben, der im Einzelgespräch interviewt und durch familiäre Prägung früh in einer Umwelt- und Naturschutzorganisation aktiv wurde und sich in Arbeitnehmer*innenkontexten engagierte, war die Frage nach Umwelt-, Natur- und Klimaschutz „auch immer mit einer Frage nach Klassen beziehungsweise sozialen Schichten verbunden“. So war hinsichtlich der damit verbundenen Verantwortungsfrage Ben der Meinung, dass reiche Personen und die Oberschicht das Klima überdurchschnittlich schädigen würden und „deshalb [genau] die auch die Mehrheit der Klimaschäden und Klimaverluste wirtschaftlich und persönlich übernehmen [sollten]“ (ebd.)

Auch wenn es unter den Teilnehmenden der Fokusgruppeninterviews teilweise unterschiedliche Auffassungen bezüglich der Wirkmächtigkeit individueller Handlungen und Verhaltensweisen bei der Bekämpfung der Klimawandels und der Zuschreibung von Verantwortung gab, waren sich alle Teilnehmenden darüber einig, dass die Klimawandelproblematik sowohl national auch international nur gemeinsam und unter Mitwirkung unterschiedlicher Verantwortungsebenen angegangen werden kann.

5.3.2 Diskussionen und Perspektiven zu den lokalen Transformationsprozessen

Zu den oben beschriebenen sozialökologischen Transformationsprozessen befragt, hat sich zunächst gezeigt, dass fast alle Interviewten zumindest oberflächliches Wissen, vielfach auch ein vertieftes Wissen über diese Prozesse hatten und diese Thematiken teilweise auch im eigenen sozialen Umfeld, wie in der Familie, im Freund*innenkreis und der Schule, diskutiert wurden.

Windpark im Reinhardswald

Was die konkrete Situation im Reinhardswald betrifft, gab es Teilnehmende, die eher kein Problem mit dem geplanten Windparkprojekt im Wald hatten bzw. die Umsetzung der Energiewende aus Klimaschutzgründen für wichtiger erachteten als die Unantastbarkeit Schutz eines einzelnen Waldes. Im Gegensatz dazu gab es aber auch eine größere Anzahl von Teilnehmenden, die sich ausdrücklich gegen das geplante Windparkprojekt positionierten. Dies galt gänzlich für die Diskussionsgruppe aus der dem Reinhardswald nahegelegenen Ortschaft, aber auch vereinzelt für Teilnehmende aus einem der anderen in der Region durchgeführten Fokusgruppeninterview, die ebenso in unmittelbarer Nähe zum Wald wohnten. Die meisten dieser Teilnehmenden lehnten das geplante Windparkprojekt im Reinhardswald, mit dem sie sich teilweise sehr detailliert befasst hatten, vollständig ab und berichteten, dass diese Ablehnung auch in ihren Familien und Freund*innenkreisen geteilt würde. Sie empfanden das Projekt beispielsweise als „absolute Frechheit“ (Lisa-Marie) und als „katastrophales Zeichen“, dass auch von der Politik ausgehe (Simon). Dabei gründete sich diese Ablehnung auf verschiedenen Aspekten. So wurden – in Übereinstimmung mit den zuvor erläuterten Argumenten der Windkraftgegner*innen im Reinhardswald – die Anlagen und die für diese benötigte Infrastruktur (wie z.B. die Zuwegungen) als schädlich für den Wald und dessen klimaschützende Funktion betrachtet, was als widersprüchlich zu Vorstellungen des Umwelt- und Naturschutzes wahrgenommen wurde: „Ich finde es ein bisschen widersprüchlich, einen Wald abzuholzen für Windräder. Denn die Bäume sorgen für saubere Luft und die wollen sie jetzt alle weg machen für Windräder, damit wir Energie kriegen“ (Anne). Zudem wurde ein mögliches erhöhtes Waldbrandrisiko aufgrund der Anlagen thematisiert, eine massive Belastung für die eigene Ortschaft durch künftigen Schwerlastverkehr in der Bauphase der Anlagen befürchtet und teilweise vermutet, dass das Land Hessen vor allem aus Profitinteressen das Windparkprojekt im Reinhardswald realisieren wolle.

Trotz der ablehnenden Haltungen, die sich unter vielen Teilnehmenden gegenüber dem geplanten Windparkprojekt zeigten, wurden Windkraftanlagen im Allgemeinen nicht abgelehnt und der Bau solcher Anlagen sowie anderer erneuerbaren Energien größtenteils befürwortet. Mit Ausnahme von drei Teilnehmer*innen, die die Ansicht vertraten, dass der Bau von Windkraftanlagen in der Nähe von Wohngebieten nur nach Zustimmung der Anwohnenden erfolgen sollte, äußerten diese Teilnehmenden auch keine Kritik an solchen Anlagen in wohnlicher Nähe. Somit betrachteten diese Teilnehmenden mehrheitlich ausschließlich Windkraftanlagen in Wäldern als problematisch, während sie, wie auch viele andere Teilnehmende, den Ausbau erneuerbarer Energien als wichtige Maßnahme gegen den Klimawandel unterstützten.

Kohleausstieg im Rheinischen Revier

Bezüglich der Situation im Rheinischen Kohlerevier berichteten die Teilnehmenden, dass sowohl die Umsiedlungen als auch die Themen ‚Braunkohle‘ und ‚Kohleausstieg‘ und damit verbundene Folgen wichtige und teilweise kontroverse Themen in der Region seien und auch im persönlichen Umfeld diskutiert würden. Auch wenn niemand der Teilnehmenden von den Umsiedlungen direkt betroffen war, kannten Teilnehmende betroffene Personen und betrachteten die Umsiedlungen zumeist kritisch. So wurde mehrfach kritisiert „für ein bisschen Braunkohle“, die dann irgendwann sowieso nicht mehr verfügbar sei, „ganze Dörfer und Siedlungen umzusiedeln, abzureißen“ (Markus). Was den Kohleausstieg betrifft, wurde dieser aus Klimaschutzgründen mehrheitlich positiv bewertet. „Weil alles, was man da jetzt [für die Kohle] wegnimmt, ist“, wie es Fredy ausdrückte, „A wieder Land, unsere Heimat, aber B auch wieder CO₂ oder halt Abgase, die ausgestoßen werden“. Gleichzeitig diskutierten die Teilnehmenden in diesem Kontext über Fragen der Energiesicherheit und Energieunabhängigkeit und waren der Meinung, dass die Nutzung von erneuerbaren Energien vorangetrieben und neue und alternative Energien und Technologien stärker erforscht werden müssten, um generell dem Klimawandel besser begegnen zu können.

Aus der zunehmenden Beschäftigung mit der lokalen Thematik der Tagebaue im Rheinischen Revier und der damit verbundenen Enteignung von Dörfern entwickelte sich bei einzelnen Befragten auch das Interesse an einer globalen Perspektive: „Wenn man mal diese Löcher persönlich gesehen hat und dann auch mit Leuten aus dem globalen Süden, die von Klimaschäden und Klimaverlusten selber betroffen sind, geredet hat, dann bleibt man immer dabei. Dann kommt man da nicht mehr raus.“ (Ben)

Die Problematik möglicher Arbeitsplatzverluste durch den Kohleausstieg, die wie erörtert einen Teil der öffentlichen und politischen Debatte prägte, von äußerst rechten Akteur*innen wie der AfD aufgegriffen wurde und auch lokal präsent war, wurden von den Teilnehmenden der Fokusgruppeninterviews als eher unbedeutend eingeschätzt. Zwar waren manchen Teilnehmende der Meinung, dass durch den Kohleausstieg Arbeitsplätze verloren gehen würden, jedoch wurde die Situation in den Gruppen so bewertet, dass durch die Energiewende – auch beim Unternehmen RWE – alternative und neue Arbeitsplätze entstehen würden und somit „automatisch [...] das Problem dann damit auch wieder ausgeglichen [wird]“ (Gregor). Lediglich eine Person war klar gegen den Kohleausstieg und begründete das hauptsächlich pragmatisch damit, dass sie bald eine Stelle im IT-Bereich bei RWE antreten würde.

Ein weiteres Diskussionsthema waren die zuvor beschriebenen Proteste und Aktionen in Lützerath sowie die Aktionen der Gruppe „Letzte Generation“. Die Meinung von Fredy kann dabei als repräsentatives Beispiel für die Meinung fast aller Teilnehmenden der Fokusgruppeninterviews dienen: „Protest ist gut. Protest sollte auch gelebt werden. Es ist Teil der Demokratie. Solange er friedlich ist und ohne Gewalt. Und das ist meiner Meinung nach in Lützerath teilweise ein bisschen zu weit gegangen zumindest von manchen Personen“ (Fredy). Die Straßenblockaden als populärste Protestform der „Letzten Generation“ wurden selten komplett abgelehnt. Dennoch fiel vielen Teilnehmenden eine klare Bewertung dieser Protestform schwer oder es wurde eine unklare Position eingenommen. So wurde beispielsweise das Blockieren von Personen in ihrem Alltag und mögliche Gefährdungslagen durch blockierte Rettungswege im Rahmen der Proteste der „Letzten Generation“ teilweise als problematisch erachtet, zugleich jedoch auf die hohe Aufmerksamkeit verwiesen, die diese Protestform für die Klimathematik generieren würde.

Die „Fridays For Future“ (FFF) Demonstrationen wurden hingegen nicht negativ betrachtet. Manche Teilnehmenden der Fokusgruppeninterviews besuchten die FFF-Demos mehrere Male, teilweise aus inhaltlichem Interesse und teilweise eher aus Neugier. Eine weitere teilnehmende Person, Ciel, war sehr stark in FFF involviert. Ciel beschrieb als Grundmotivation, an FFF mitzuwirken, die Erwartung, dass dadurch jungen Menschen zugehört würde. Auf Grundlage der tatsächlichen Erfahrungen im FFF-Aktivismus kam Ciel aber zu der Ansicht, als junger Mensch mit seinen politischen Anliegen bezüglich des Klimawandels nicht ernstgenommen oder politisch repräsentiert zu werden – eine Ansicht, die auch andere Teilnehmende in diesem Fokusgruppeninterview teilten.

„Und wir haben viele Gespräche gehabt: mit dem Oberbürgermeister unserer Stadt, mit dem Stadtrat, mit einem SPD-Abgeordneten, der eben aus der Stadt kommen. Wir haben so viele Gespräche mit dem geführt und uns so viel Mühe gegeben und Ideen vorgebracht, wie wir unsere Stadt weiterbringen können. [...] Und wir werden belächelt. Und: Geht mal weiter zur Schule und lebt erst mal ein Leben, und dann reden wir noch mal. So. Wir junge Menschen fanden halt, unsere Generation, meine Generation da so wenig ernst genommen wird so. Weil wir sind jetzt gerade die Generation, die bis jetzt am meisten betroffen sein wird von dem Klimawandel, wenn das in fünfzig Jahren eine Katastrophe ist. So. Wir sind die Ersten, die das so richtig, richtig mitbekommen werden. Und die ganzen Menschen, die jetzt im Bundestag sitzen, in den Regierungen sitzen und den ganzen lieben Tag Entscheidungen fällen. Und die sind so: Ja, eben, genau nach dem Motto, „nach mir die Sintflut“. Kriege ich die Krise. Ich möchte einfach mal das Gefühl haben, ich werde hier ernst genommen und mir wird mal zugehört, weil das so so wenig passiert.“ (Ciel)

Kim hingegen fand die FFF-Demonstrationen, anders als den Aktivismus in Lützerath, von Anfang an zu unkonkret und hielt es für einen Irrglauben der Bewegung, dass die „Regierung ein Interesse daran hat, klimapolitische Vorhaben durchzusetzen“. Kim war selbst in Lützerath aktiv und brachte in einem narrativ-biografischen Interview eine sehr persönliche Perspektive zum entsprechenden Protestgeschehen zum Ausdruck. Kim beschrieb das Leben in der aktivistischen Gemeinschaft als „frei von [...] negativen Zwängen der Gesellschaft“, als „frei von der kapitalistischen Gesellschaft“, als gelebte Solidarität und als gelebter Protest „zu der Braunkohle, die da tagtäglich abgebaggert wurde. [...] Und dass so dieser Widerstand auch eine konkrete Form annimmt und nicht nur auf der Ebene ist: Wir gehen jetzt freitags auf die Straße. Sondern, wir gehen da jetzt hin und stoppen das jetzt“. Die

Räumung von Lützerath wurde von Kim als „Riss in der Klimabewegung“ beschrieben: „Weil es jetzt nicht mehr so diesen zentralen Ort irgendwie gab. Und so die Frage ist so: Wie macht man jetzt weiter so? Es gibt jetzt keine richtige Klimabewegung mehr, habe ich das Gefühl“.

5.3.3 Reaktion auf äußerst rechte/verschwörungsideologische Impulse und Akteur*innen

Neben der Diskussion über den Klimawandel im Allgemeinen und über die lokalen Transformationsprozesse, wurden den Teilnehmenden auch äußerst rechte/verschwörungsideologische bzw. von äußerst rechten/verschwörungsideologischen Akteur*innen stammenden Positionierungen und Narrative zur Diskussion vorgelegt.

Hinsichtlich dieser Diskussion ist zunächst festzuhalten, dass viele Teilnehmenden auf einem anspruchsvollen Analyse- und Reflexionsniveau diskutierten. Dabei betonten sie immer wieder die Bedeutung einer kritischen Überprüfung von Quellen, insbesondere wenn diese aus den sozialen Medien stammten. Außerdem waren insbesondere zwei Diskussionsmuster bemerkenswert, die sich in allen Fokusgruppeninterviews zeigten und teilweise gleichzeitig auftraten: Zum einen wurden vorgelegte Positionierungen und Narrative aufgrund ihres Inhalts und ihrer argumentativen Ausgestaltung in Teilen und oftmals gänzlich abgelehnt. Ein Beispiel dafür war ein in manchen Gruppen vorgelegter Impuls der AfD. In diesem wurden in Form eines Wahlplakates Aktivist*innen der Letzten Generation als „Extremisten“ bezeichnet. Auch wenn die Aktionen der Letzten Generation öfters kritisch bewertet wurden, wurde diese Bezeichnungen von den Interviewteilnehmenden abgelehnt: „Als Extremist halt würde ich die Leute jetzt nicht bezeichnen. Die wollen halt Aufmerksamkeit damit erregen, was ja auch eigentlich wichtig ist. [...]. [D]ie Methode wie sie es halt machen, das wäre nicht so meins“ (Anne).

Eine vollständige Ablehnung erfuhr eine präsentierte Schlagzeile aus dem *Compact-Magazin*, in welcher das Auftreten von „Schnee im März“ als „Blamage für Klima-Ideologen“ bezeichnet wurde. Marwin lehnte diese Aussage beispielsweise als „Propaganda“ ab, während eine andere Teilnehmerin die Verwendung des Begriffs „Klimaideologen“ sowohl als Mittel zur Spaltung als auch als unzutreffend kritisierte, da die Realität des Klimawandels keine Ideologie sei (Natalie).

Zum anderen äußerten die Teilnehmenden aller Fokusgruppen eine starke Abneigung gegenüber äußerst rechten und verschwörungsideologischen Akteur*innen, die sich auch dann nicht änderte, wenn Teilnehmende bestimmten Positionierungen, Narrativen und Inhalten (teilweise) zustimmten. Dieses Muster zeigte sich besonders deutlich am Beispiel der AfD: So bezeichneten Teilnehmende die Partei in einstimmig negativen Äußerungen beispielsweise als „extremistisch“ (Fredy), warfen ihr Klimawandelleugnung vor (Moritz), vertraten die Meinung, dass viele ihrer Mitglieder rassistisch (Johnny) seien oder charakterisierten die Partei als „verfassungswidrig“ (Alexander) und wiesen auf deren Überprüfung durch Verfassungsschutzbehörden hin (Marwin). Zudem gab es mehrere Teilnehmende, die im Gesprächsverlauf Ängste und Sorgen bezüglich der steigenden Zustimmungsraten der AfD artikulierten: „Weil das, was die unterstützen und wie sie es umsetzen wollen, macht mir halt eigentlich hauptsächlich Angst. Und ja so ganz genau hundertprozentig begründen kann ich es nicht, aber das, was man so mitbekommt, ist halt schon sehr sehr extrem“ (Anne).

Auch beispielsweise die Tatsache, dass sich, wie oben dargestellt, die AfD gegen Windkraftanlagen im Reinhardswald positionierte und lokal auftrat, änderte bei Teilnehmenden, die ebenso gegen Windkraftanlagen im Reinhardswald waren oder der AfD bei ihrer Anti-Windkraft Argumentationen in Teilen zustimmten, nichts an deren ablehnenden Haltung gegenüber der AfD. Vielmehr charakterisierten sie die AfD als eine politische Partei, die aus strategischen Gründen versuchen würde, ein breites Themenspektrum zu vereinnahmen, um viele Menschen zu erreichen bzw. Zustimmung zu generieren und dabei mitunter populistisch und mit „Fake News“ (Simon) operieren würde. Auch Marwin, mit dem neben seiner Teilnahme an einem Fokusgruppeninterview auch ein narrativ-biographisches Interview geführt wurde und der in einer am Reinhardswald angrenzenden Ortschaft wohnt, sah die AfD, trotz ihrer Positionierung zum geplanten Windparkprojekt im Reinhardswald, sehr kritisch:

„Also ich verstehe auch nicht, wenn Leute die wählen. Also ist für mich erst mal keine gewöhnliche Partei, auch bei so einem Thema [Windkraftanlagen] nicht, auch wenn die Meinung jetzt natürlich von denen [der AfD] da sich den anderen [den Kritiker*innen des Windparkprojekts] anschließt. Aber generell kommt es für mich jetzt

auch irgendwie nicht infrage, diese Partei irgendwie zu akzeptieren oder so, weil die einfach bei so viel anderen Themen zu krasse Meinungen hat.“ (Marwin)

Ein ähnlicher, mit der Ablehnung von Akteur*innen aus dem äußerst rechten und verschwörungsideologischen Spektrum zusammenhängender Sachverhalt zeigte sich, wenn in den Diskussionen präsentierte Narrative und Impulse von den Teilnehmenden nicht als eindeutig politisch rechts identifiziert wurden und/oder Teilnehmende, was mehrere Male vorkam, nicht wussten, dass das vorgelegte Material von äußerst rechten und/oder verschwörungsideologischen Akteur*innen stammte. Ein Beispiel dafür ist das als Impuls präsentierte Wahlplakat des III. Weges „Umwelt und Heimat schützen! Eine intakte Natur ist die Grundlage unseres Volkes!“. Von manchen Teilnehmenden wurde hier vor allem die wahrgenommenen Botschaften, dass die Umwelt zu schützen und eine intakte Natur wichtig bzw. eine wichtige Grundlage für das Volk sei, als positiv bewertet. Sobald in der Diskussion aber offengelegt wurde, dass es sich bei dem Plakat, um das einer neonazistischen Organisation handle, äußerten Teilnehmende eine klare Ablehnung des III. Weges und bewerteten das Plakat als negativ, während andere Teilnehmende sich in ihrem Anfangsbedacht bestätigt sahen, dass aufgrund der Verwendung des Volks- und Heimatbegriffs vermutlich „irgendwas Rechtes“ (Karl) vorliege.

5.4 Zusammenfassung der Ergebnisse

In der Gesamtschau der empirischen Forschung lässt sich festhalten, dass beide hier untersuchten Transformationsprozesse und -konflikte im Zentrum intensiver öffentlicher, medialer und politischer Debatten standen, die auch lokal ausgetragen wurden und in einem diversen und umfangreichen Protestgeschehen sichtbar wurden. Die dahinterliegenden Spannungsfelder bewegten sich in der einen Region zwischen Maßnahmen für den Klimaschutz im Sinne der Energiewende und dem Erhalt der lokalen Natur-, Kultur- und Tourismuslandschaft in ihrer bisherigen Form (Reinhardswald). In der anderen Region ließen sie sich zwischen Klimaschutzmaßnahmen, dem Erhalt von Ortschaften und strukturellen Herausforderungen, wie dem (möglichen) Verlust von Arbeitsplätzen in der Kohleindustrie, verorten (Rheinisches Revier).

Entlang dieser Spannungsfelder ließen sich Akteur*innen aus dem äußerst rechten und verschwörungsideologischen Spektrum identifizieren, die sich in Positionierungen kommunikativ und/oder durch lokales Agieren auf die entsprechenden Transformationsprozesse und die mit ihnen einhergehenden Transformationskonflikte bezogen: Diesbezüglich ist als ressourcenstarke Akteurin insbesondere die AfD zu nennen, die insbesondere im Reinhardswald und in verminderter Weise im Rheinischen Revier sichtbar wurde, wenngleich sie in entsprechenden Ortschaften und Kommunen kommunalpolitisch keine nennenswerte Rolle spielt. Die Partei trat durch lokale Aktionen vor Ort auf und bezog sich gleichzeitig – oftmals mittels ihrer Social Media Auftritte – kommunikativ auf die entsprechenden Transformationen, die zudem in der parlamentarischen Arbeit der Partei adressiert wurden. Dabei wurde bspw. der Ausbau erneuerbarer Energien als „politisch-ideologisch“ (AfD, 2021, S. 205 AfD Bundestagsfraktion, 2023a) abgelehnt. Die Partei nutzte in ihrer Positionierung zum geplanten Windpark im Reinhardswald Argumente pro Naturschutz, der vom Klimaschutz abgegrenzt wurde, und gesundheitliche, technische, wirtschaftliche, aber auch national-identitäre Argumente (vgl. zu dieser Thematik auch Arifi & Winkel, 2021; Eichenauer, Reusswig, Meyer-Ohlendorf & Lass, 2017; Otteni & Weisskircher, 2022). Im Falle des vorgezogenen Kohleausstiegs wurde von der Partei vor allem auf drohende Arbeitsplatzverluste verwiesen.

Im Gegensatz zu den Anti-Kohle Protesten in Lützerath, die von der AfD teilweise als terroristisch bzw. extremistisch bezeichnet wurden, wurden die Pro-Kohle-Aktionen als legitime Proteste von Mitarbeitenden der Kohleindustrie dargestellt. Die Anti-Windkraft Proteste im Reinhardswald wurden den Protesten in Lützerath gegenübergestellt und als authentische Proteste der bürgerlichen Mitte charakterisiert, die sich dem Erhalt eines „nationales Erbe“ verschrieben hätten.

Insgesamt lässt sich das Handeln der Partei als Versuch verstehen, auf der Kommunikations- und Handlungsebene lokale Anti-Windkraft und Pro-Kohle Proteste und von den entsprechenden Transformationsprozessen betroffene Gruppen zu vereinnahmen und sich als deren politische Vertreterin anzubieten. Die Aktion der „Jungen Alternative“ lässt sich darüber hinaus als Versuch begreifen, bewusst jüngere Zielgruppen zu erreichen. Insgesamt wurde von

Seiten der AfD in starkem Maße gegen die Partei Bündnis90/Die Grünen polemisiert, deren Energiewendepolitik als vor allem ideologisch getrieben dargestellt wurde.

Während im Reinhardswald von Rechtsaußen auch diverse Telegram-Gruppen aktiv waren und sich die Partei „Der III. Weg“ mit Webbeiträgen zu Wort meldete, konnten im Falle des Transformationsprozesses Kohleausstieg im Rheinischen Revier und des damit einhergehenden Protestgeschehens um Lützerath keine vergleichbaren Akteur*innen identifiziert werden. Im breiten Spektrum der Rechtsaußen-Medien gab es mehrere Bezugnahmen auf die untersuchten Transformationsprozesse, wobei oftmals in ähnlicher Weise wie die AfD argumentiert wurde. Hinsichtlich der Situation im Reinhardswaldes wurde vor allem Kritik an den geplanten Windkraftanlagen artikuliert und hinsichtlich der Situation im Rheinischen Revier vor allem Anti-Kohle Aktionen scharf negativ thematisiert.

Gleichzeitig wurde im Zuge der Forschung deutlich, dass Positionen von Akteur*innen aus dem äußerst rechten und verschwörungsideologischen Spektrum bezüglich der lokalen Transformationsprozesse sowie zum Klimawandel und der Klimawendepolitik im Allgemeinen bei der Mehrheit der lokalen Bevölkerung auf Ablehnung trafen und auch in den durchgeführten Interviews in den Regionen Reinhardswald, Kohlerevier und NRW auf eher negative Reaktionen stießen. Dementsprechend zeigten die Diskussionen in den Fokusgruppeninterviews im Anschluss an die als Impulse vorgelegten Materialien ein hohes Analyse- und Reflexionsniveau, wobei äußerst rechte und verschwörungsideologische Impulse aufgrund ihrer Inhalte und argumentativen Form kritisiert und abgelehnt wurden. Andererseits wurde die Bewertung solcher Impulse und lokaler äußerst rechter Aktionen auch durch die generelle Ablehnung beeinflusst, die alle Teilnehmenden in den Fokusgruppen gegenüber äußerst rechten und verschwörungsideologischen Akteur*innen – insbesondere gegenüber der AfD – zeigten.

Die im Rahmen des RIOET-Projekts und für die vorliegende Analyse untersuchten sozialökologischen Transformationsprozesse des geplanten Windparks und des (vorgezogenen) Kohleausstiegs im Rheinischen Revier waren allen Teilnehmenden der Fokusgruppeninterviews und der narrativ-biographischen Einzelinterviews zumindest oberflächlich bekannt und wurden teilweise auch im eigenen sozialen Umfeld diskutiert.

Hinsichtlich der entsprechenden Spannungsfelder positionierten sich Teilnehmende in der Region Reinhardswald teilweise für die Windkraft im Wald, oftmals aber auch (u.a. aus Naturschutzgründen) dagegen, ohne aber Windkraftanlagen (in räumlicher Nähe) oder erneuerbare Energien im Allgemeinen abzulehnen. In den Regionen Rheinisches Revier und NRW stand die Mehrheit der Teilnehmenden der Umsiedlung von Dörfern für die Braunkohlegewinnung kritisch gegenüber und sah den Kohleausstieg tendenziell positiv. Die Problematik möglicher Arbeitsplatzverluste wurde als eher unbedeutend betrachtet, da angenommen wurde, dass verlorene Arbeitsplätze durch alternative Beschäftigungsmöglichkeiten ersetzt werden könnten. In allen Untersuchungsregionen bewerteten Teilnehmende Klimaaktivismus und Klimaproteste meistens als positiv, solange er keine gewalttätigen/radikalen Formen annimmt.

Der Klimawandel im Allgemeinen wurde von allen jungen Menschen, die im Rahmen der Fokusgruppen und den narrativ-biographischen Einzelgesprächen interviewt wurden, als weitgehend menschengemachte Tatsache anerkannt und als großes Problem und wichtiges Thema begriffen, das mit eher negativen Emotionen verbunden wurde. Trotz unterschiedlicher Bewertungen der Verantwortung im Umgang mit dem Klimawandel herrschte über alle Gruppen und Einzelinterviews hinweg Einigkeit darüber, dass Lösungen national und international, gemeinsam und unter Einbeziehung unterschiedlicher Verantwortungsebenen entwickelt und umgesetzt werden müssen.

6. Handlungsempfehlungen

Im Zuge des zunehmenden Bewusstseins für den Klimawandel und damit verbundenen Herausforderungen können äußerst rechte und verschwörungsideologische Diskursangebote für junge Menschen von entscheidender Bedeutung sein. Dabei nähern sich diese Angebote beispielsweise über die Kritik an Klima-Aktivismus, Windkraft, der Stilisierung der Partei Bündnis 90/Die Grünen als Feindbild oder durch das Thema Energiesicherheit an. Auch die komplette Leugnung des (anthropogenen) Klimawandels oder die Konstruktion einer Dichotomie von Klima- und Umweltschutz sind Teil dieser Diskurse. Um ihren Einfluss in ökologischen Milieus zu etablieren und auch lokal zu verankern, versuchen äußerst rechte und verschwörungsideologische Akteur*innen, Initiativen und Organisationen wie Anti-Windkraft-Aktionsbündnisse, freiwillige Feuerwehren und Naturschutzvereine zu unterwandern und zu vereinnahmen.

Dieses Kapitel zielt darauf ab, konstruktive Handlungsempfehlungen anhand der Forschungsergebnisse zu formulieren. Diese stützen sich sowohl auf die Erkenntnisse aus den Interviews mit Expert*innen, als auch auf die Perspektiven und Erfahrungen, die durch die qualitativen Interviews mit jungen Menschen gewonnen werden konnten.

Aus den Expert*inneninterviews geht deutlich hervor, dass vor allem die Verknüpfung der Themen „Rechtsextremismus“ und „Klima“ bei Institutionen wie Ministerien, FÖJs und lokalen Strukturen noch zu wenig Aufmerksamkeit bekommen hat und entsprechend wenig Problembewusstsein dazu vorhanden ist. Ebenso wurde ein finanzieller und personeller Ressourcenmangel zur Bearbeitung der entsprechenden Thematiken bemängelt. Daher ist zu empfehlen, Weiterbildungsangebote und Informationskampagnen für Mitarbeitende dieser Institutionen auf lokaler Ebene zu schaffen, um das Bewusstsein für das Phänomen zu schärfen und Wissen über die Verbindung zwischen Rechtsextremismus und Klimathemen zu vermitteln. Zudem empfiehlt sich, Beratungsstrukturen und Anlaufstellen mit dem Themenfokus auf Klima und Rechtsextremismus zu institutionalisieren, damit sowohl Fachkräfte als auch Bürger*innen bei Fragen und Problemen unterstützt werden können.

Besonders Initiativen, Naturschutzvereine und sonstige Organisationen, die Vereinnahmungs- oder Unterwanderungsversuchen von äußerst rechten und verschwörungsideologischen Akteur*innen ausgesetzt sind, sollten in Distanzierungsbestrebungen gestärkt und unterstützt werden. Gleichzeitig erscheint es sinnvoll, solche Initiativen und Organisationen über äußerst rechte und verschwörungsideologische Akteur*innen und deren Positionierungen zur Klimawandelthematik und entsprechenden sozialökologischen Transformationsprozessen aufzuklären.

Des Weiteren zeigte sich in den Interviews mit jungen Menschen, dass diese im Falle von Vorwissen über äußerst rechte und verschwörungsideologische Akteur*innen deren Argumente und Narrative auch meist in klimapolitischen Kontexten aufgrund ihrer äußeren rechten Ausrichtung ablehnen. Gleiches gilt auch für populistische Aussagen in Verbindung mit Fake News: Gelingt es jungen Akteur*innen populistische Argumentationsweisen und deren Verallgemeinerungsmechanismen zu dekonstruieren und die absichtlichen Falschmeldungen zu identifizieren, lehnen sie solche Inhalte verstärkt ab. Daraus ergibt sich die Empfehlung, dass die Beratungsstellen für Ökologie und Rechtsextremismus einen verstärkten Fokus auf die Aufklärung über äußerst rechte Akteur*innen und ihre Ideologien sowie deren politische Kommunikationsformen legen, um ein Bewusstsein für entsprechende Strategien und Ziele zu schaffen und die Ablehnung ihrer Inhalte zu stärken. Dabei ist es ebenfalls von zentraler Bedeutung, jungen Menschen Wissen über das Erkennen von Fake News zu vermitteln, um kritisches Denken zu vermitteln und deren Medienkompetenz zu fördern.

In einem Teil der Fokusgruppeninterviews wurde außerdem die Gruppendynamik beobachtet, dass sich stille Teilnehmer*innen den rechtspopulistischen Narrativen einzelner, dominant vortragenden Teilnehmer*innen anschlossen. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass demokratische Multiplikator*innen in der Zielgruppe zu stärken sind, ‚stille Stimmen‘ zur Teilnahme ermutigt und Diskussionsräume gefördert werden sollten, in denen Jugendlichen die Möglichkeit geboten wird, sich aktiv an politischen Diskussionen zu beteiligen und sich gegen äußerst rechte und

verschwörungsideologische Narrative zu positionieren. Dabei ist zu beachten, dass diese Diskussionsräume sicher und inklusiv gestaltet werden, damit junge Menschen ihre Meinung ohne Angst vor Einschüchterung und Ausgrenzung äußern und reflektieren können.

Des Weiteren war zu beobachten, dass einzelne Teilnehmer*innen der Fokusgruppeninterviews auf einem hohen analytischen und quellenkritischen Niveau die äußerst rechten bzw. verschwörungsideologischen Narrative dekonstruieren konnten. Diese vorhandenen Kompetenzen im Bereich der Argumentation und Reflexion sollten gefördert werden, da deutlich wurde, dass äußerst rechte Impulse bei diesen Personen weniger wirkmächtig waren. Auch zeigte sich in den Fokusgruppeninterviews, dass äußerst rechte Akteur*innen oft strikt abgelehnt wurden, wenn deren politischen Positionierungen den Teilnehmenden bekannt waren. Wichtig wäre daher in diesem Kontext auch, junge Menschen zu ermutigen, sich kritisch mit den Inhalten äußerst rechter und verschwörungsideologischer Narrative im Kontext von Klima- und Umweltthemen auseinanderzusetzen. Gerade die Beobachtung aus den Fokusgruppeninterviews, dass äußerst rechte Ausrichtung mancher Akteur*innen von den Teilnehmenden teils relativiert wurde, wenn sich ihre Angebote als „ökologisch“ interpretieren ließen, macht deutlich, wie wichtig es ist, auch diese Narrative zu dekonstruieren.

Beratungsstrukturen und Anlaufstellen, die sich auf das Thema Rechtsextremismus fokussieren, sollten auch darin unterstützt werden, Zusammenhänge mit klimapolitischen Entwicklungen und Diskussionen in ihre Arbeit zu integrieren. Wichtig ist es dabei, dass junge Menschen dazu befähigt werden, diese Verantwortungsebenen zu erkennen und wirkmächtig zu adressieren. Vermittlung von Wissen über sowie Empathie und Solidarität mit denjenigen, die am stärksten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind, ist dabei erstrebenswert, um ein Verständnis für die globalen Dimensionen des Problems zu schaffen. Hierbei können ebenfalls offene Diskussions- und Austauschräume für junge Menschen helfen, ihnen gemeinsamen Dialog untereinander zu ermöglichen und Aufklärung über Handlungs- und Verantwortungsebenen und deren Möglichkeiten zu Adressierung anzu bieten. Auch sollten in diesen Räumen und im Allgemeinen Informationsmöglichkeiten über bereits vorhandene Strukturen, die jungen Menschen Einfluss auf die Klimapolitik ermöglichen können, angeboten werden. Klimapolitische Entscheidungen sollten zudem transparenter kommuniziert und nachvollziehbarer gestaltet werden. Dies kann insbesondere zum Abbau von Ohnmachts- und Frustrationserfahrungen bezüglich des Klimawandels beitragen und jungen Menschen ein Gefühl von eigener Wirkmächtigkeit vermitteln und so demokratische Teilhabe stärken.

Expert*innen und junge Menschen aus unseren qualitativen Interviews berichteten vor allem in den beiden ostdeutschen Forschungsregionen, dass in den Untersuchungsregionen insbesondere junge Menschen teilweise Desinteresse bezüglich den Themen Rechtsextremismus und Klimawandel zeigen und es daher dringend Bildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen bedarf, die sich an junge Menschen richten. Hierbei ist es zugleich wichtig, dass die Zugänglichkeit der Bildungsangebote für alle Bevölkerungsgruppen gewährleistet ist und sie auch für Personen aus weniger gut infrastrukturell angebundenen Gemeinden erreichbar sind. Angebote wie die „Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz“ (FARN) bieten bereits ein umfangreiches Angebot in diesem ; eine langfristige und nachhaltige Unterstützung ist zielführend.

Neben der Bereitstellung von flächendeckenden, leicht zugänglichen Maßnahmen von Bildungsangeboten und Anlaufstellen zu den Themen Klimawandel und Rechtsextremismus sollte jedoch auch sichergestellt sein, dass diese personell angemessen getragen werden. Der Fachkräftemangel in der Bildungs- und Jugendarbeit, der von den Expert*innen oft angesprochen wurde, ist als dringendes Problem anzuerkennen. Auf dieser Grundlage bietet es sich an, die Förderung von Ausbildungs- und Weiterbildungsprogrammen für Fachkräfte auszubauen, um ihre Fähigkeiten im Umgang mit äußerst rechten und verschwörungsideologische Ideologien zu stärken und sie besser auf die Herausforderungen im Zusammenhang mit Klimadiskursen vorzubereiten. Zielführend wäre es, Kontinuität und Nachhaltigkeit in der Förderpolitik sicherzustellen, indem eine langfristige finanzielle Unterstützung der Präventionsprojekte gegeben ist und somit nachhaltige Wirkungen erzielt werden können.

Neben der Schaffung von Bildungsangeboten für Mitarbeitende von Institutionen mit Ökologiebezug und der Jugendarbeit sollten zusätzlich auch Bildungsangebote für alle Altersgruppen angeboten werden. Ziel wäre es, ein

flächendeckendes Verständnis der Zusammenhänge von Rechtsextremismus und ökologischen Diskursen herzustellen und Personen aller Altersgruppen als Multiplikator*innen darüber aufzuklären.

Literatur- und Quellenverzeichnis

1. Einleitung

Literatur

- Cremer, H. (2023). Warum die AfD verboten werden könnte. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte.
- Pfahl-Traugber, A. (2019). Die AfD und der Rechtsextremismus. Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Perspektive. Wiesbaden: Springer VS.
- Quent, M. (2020). Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

2. Rechtsextremismus und die sozial-ökologische Transformation in der Klimakrise

Literatur

- Bjørge, T. & Ravndal, J. A. (2019). Extreme-Right Violence and Terrorism: Concepts, Patterns, and Responses. In *ICCT Policy Brief*. <https://doi.org/10.19165/2019.1.08>
- Der III. Weg. (2019, 10. Januar). *Ausführungen zum Punkt 7 „Umweltschutz ist Heimatschutz“ des Zehn-Punkte-Programms*. <https://der-dritte-weg.info/2019/01/ausfuehrungen-zum-punkt-7-umweltschutz-ist-heimatschutz-des-zehn-punkte-programms/>
- Der III. Weg. (2024, 1. März). *Wie karibische Meeresschwämme das Klimadogma widerlegen*. <https://der-dritte-weg.info/2024/03/wie-karibische-meeresschwaeemme-das-klimadogma-widerlegen/>
- Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (Hrsg.) (2023): Die extreme Rechte und Menschenfeindlichkeit in der Umweltbildung. Berlin: FARN, online unter: <https://www.nf-farn.de/farn-publikationen>
- Flaig, B. B. & Uelzhöffer, J. (1981). *5 Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben“: SINUS – Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen*. Reinbek: Rowohlt.
- Forchtner, B. (2019). *The Far Right and the Environment: Politics, Discourse and Communication*. London/New York: Routledge.
- Hausmanninger, Thomas (2013): *Verschwörung und Religion*. München: Fink.
- Küppers, A. (2022). 'Climate-Soviets,' 'Alarmism,' and 'Eco-Dictatorship': The Framing of Climate Change Scepticism by the Populist Radical Right Alternative for Germany. *German Politics*. <https://doi.org/10.1080/09644008.2022.2056596>
- Quent, M., Salheiser, A. & Richter, C. (2022). *Klimarassismus: der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende*. München: Piper.
- Reusswig, F., Küpper, B. (2023). Klimapolitische Einstellungen im Kontext des Krieges gegen die Ukraine. In Küpper, B., Zick, A. & Mokros, N. (Hrsg.), *Die distanzierte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23* (S. 289-313). Bonn: C.H.W. Dietz Nachf. <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=91776&token=3821fe2a05aff649791e9e7ebdb18eabdae3e0fd>
- Teichler, N., Gerlitz, J.-Y., Cornesse, C., Dilger, C., Groh-Samberg, O., Lengfeld, H., Nissen, E., Reinecke, J., Skolarski, S., Traunmüller, R. & Verneuer-Emre, L. (2023). Entkoppelte Lebenswelten? Soziale Beziehungen und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland: Erster Zusammenhaltsbericht des FGZ. In *Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt*. <https://doi.org/10.26092/elib/2517>
- Zeit Online. (2019, 29. September). *AfD will Widerstand gegen Klimaschutzpläne zu neuem Hauptthema machen*. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-09/afd-alexander-gauland-klimaschutz>

3. Äußerste Rechte und Jugend

Literatur

- Arenz, R., Zuther, M. & Schimitzek, K. (2023). Sachsen-Anhalt-Monitor 2023. Neue Herausforderungen nach der Pandemie. Hamburg: GMS Dr. Jung GmbH., S. 76 bzw. S. 78

- BMUV (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit) (2020) *Zukunft? Jugend fragen! Eine Studie des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und des Umweltbundesamtes Umwelt, Klima, Politik, Engagement – Was junge Menschen bewegt*. Berlin: BMUV.
- Bott, H. (1969). *Die Volksfeind-Ideologie. Zur Kritik rechtsradikaler Propaganda*. Stuttgart: DVA.
- Decker, O., Kiess, J., Heller, A. & Brähler, E. (Hrsg.) (2022). *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- FES (Friedrich-Ebert-Stiftung) (2022). *Wie haben junge Deutsche 2021 bei der Bundestagswahl gewählt?* Berlin: FES:
- Hafeneger, B., Jestädt, H., Schwerthelm, M., Schuhmacher, N. & Zimmermann, G. (2021). *Die AfD und die Jugend*. Frankfurt/Main: Wochenschau-Verlag.
- Infratest dimap (2018). *AfD-Stimmenanteile nach Altersgruppen*. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2018-10-14-LT-DE-BY/umfrage-alter.shtml>
- infratest dimap (2021). *AfD-Stimmenanteile nach Altersgruppen*. Verfügbar unter: https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-06-06-LT-DE-ST/charts/umfrage-alter/chart_727762.shtml.
- infratest dimap (2022). *Wen wählten Jüngere und Ältere?* Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2022-05-15-LT-DE-NW/umfrage-alter.shtml>
- Infratest dimap (2023a). *AfD-Stimmenanteile in Altersgruppen*. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/umfrage-alter.shtml>
- Infratest dimap (2023b). *AfD-Stimmenanteile in Altersgruppen*. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-HE/umfrage-alter.shtml>
- Langebach, M. (2016). *Rechtsextremismus und Jugend*. In F. Virchow; M. Langebach & A. Häusler (Hrsg.), *Handbuch Rechtsextremismus* (S. 375-439). Wiesbaden: Springer.
- Rochnia, M., Kleen, H., Gräsel, C., Ulm, S. & Soermann, F. (2021). *Die Argumentation der AfD in sozialen Medien zum Thema Flucht und Migration*. *Bildungsforschung* 18(2).
- Serrano, J.C.M., Shahrezaye, M., Papakyriakopoulos, O. & Hegelich, S. (2019). *The Rise of Germany's AfD: A Social Media Analysis*. *SMSociety '19: Proceedings of the 10th International Conference on Social Media and Society*, July 2019, 214-223.
- Virchow, F. (2006). *Gegen den Zivilismus*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Zick, A., Küpper, B. & Mokros, N. (Hrsg.) (2023). *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf.

4. Methodisches Vorgehen

Quellenverzeichnis der Diskussionsimpulse

- AfD. (2023). *Für Habeck <Mutige Jugendliche>. Für und Extremisten*. Twitter-Beitrag vom 29.04.2023. Verfügbar unter: <https://twitter.com/AfD/status/1652274800423849984/photo/1>
- AfD Kreis Bielefeld. (2020). *Bundesregierung beschließt Kohleausstieg*. Webseite des Kreisverbands. Verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=dzhVHPTKx0s>
- AfD-Fraktion Hessen. (2022). *Erst der Wald, dann das Windrad! Flugblatt Anti WKA*. Verfügbar unter: https://afd-fraktion-hessen.de/wp-content/uploads/2022/02/Flugblatt_Anti-WKA.pdf
- AfD-Fraktion NRW. (2021). *Über 250.000 Stellen gefährdet!* Telegram Beitrag vom 13.12.2021. Verfügbar unter: <https://t.me/afdfraktionnrw/786>
- AfD-Fraktion-NRW. (2022). *Kohleausstieg wie angekündigt: Bürger haben keine Kohle mehr!*. Instagram-Post vom 17.09.2022. Verfügbar unter: <https://www.instagram.com/p/CimiHhhoWsu/?igsh=YmFpbmZraDVyb2sz>.
- BLKregionalTV. (2018). *Ausstieg Fachtagung Herrmannschacht Zeit Tag der Stiftungen Bürgermeister Hoh*. Verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=dzhVHPTKx0s>
- Der III. Weg. (2019). *Plädoyer für eine radikale nationalistische Umweltschutzpolitik*. Verfügbar unter: <https://der-dritte-weg.info/2019/07/plaedoyer-fuer-eine-radikale-nationalistische-umweltschutzpolitik/>
- Friedhoff, D. (2023). *1. Harzer Waldkonferenz*. Konferenz Einladung. Vgl. auch Friedhoff, D. (2023). *1. Harzer Waldkonferenz, 01.07.2023*. Konferenzbericht. Verfügbar unter: <https://dietmar-friedhoff.de/1-harzer-waldkonferenz-01-07-2023/>

- EIKE. (o.J.). About us. EIKE online. Verfügbar unter: <https://eike-klima-energie.eu/about-us/>
- Fokus online. (2023). Der Wald stirbt vor unseren Augen – Es braucht 100 Millionen Bäume. Verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=iTkx-5V5DXM>
- Guterres, A. (2022). Message from UN Secretary António Guterres on the Launch of the Third IPCC Report. Rede des UN-Generalsekretärs. Verfügbar unter: <https://laopdr.un.org/en/176912-message-un-secretary-ant%C3%B3nio-guterres-launch-third-ipcc-report>
- Hessischer Rundfunk. (2022). Kampf im Reinhardswald – Wie Energiewendegegner einen Windpark torpedieren. ARD Mediathek. Verfügbar unter: <https://www.ardmediathek.de/video/dokus-und-reportagen/kampf-im-reinhardswald-wie-energiewendegegner-einen-windpark-torpedieren/hr-fernsehen/Y3JpZDovL2hyLW9ubGluZS8xODU5NTc>
- Pföhringer, D. (2023, 09. März). Schnee im März: Blamage für Klimaideologen. Compact Magazin online. Verfügbar unter: <https://www.compact-online.de/schnee-im-maerz-blamage-fuer-klima-ideologen/>
- Schreiber, P. (2019, 23. August). DS September 2019: Für einen nationalen Klimawandel!. Deutsche Stimme online. Verfügbar unter: <https://deutsche-stimme.de/ds-september-2019-fuer-einen-nationalen-klimawandel/>
- Telegram-User*in (2022). Grüne Klimarettung. Telegramkanal: Rettet den Märchenwald. Telegram-Post vom 14.12.2022. Verfügbar unter: <https://t.me/Reinhardswald/2955>
- Z-Versand. (o.J.) Recht und Wahrheit Aufkleber R006. Verfügbar unter: <https://z-versand.shop/produkt-kategorie/aufkleber/>

5. Rechtsextremismus und ökologische Transformation in Nordrhein-Westfalen/Nord-Hessen

Literatur

- Agora Energiewende und Aurora Energy Research. (2019). Die Kohlekommission. Ihre Empfehlungen und deren Auswirkungen auf den deutschen Stromsektor bis 2030. Verfügbar unter: https://static.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2019/Kohlekommission_Ergebnisse/167_Kohlekommission_DE.pdf
- Arifi, B. & Winkel, G. (2021). Wind energy counter-conducts in Germany: understanding a new wave of socio-environmental grassroots protest. *Environmental Politics*, 30(5), 811–832.
- Brochhagen, L., Drescher, T., Reschke Torsten & Tenta Sabine (2019, 19. September). Die Hambach-Räumung – eine Chronologie. WDR Online. Verfügbar unter: <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/hambacher-forst-raeumung-chronologie-100.html>
- BUND NRW. (o.J.). Tagebau Garzweiler: Chronologie und Steckbrief. Verfügbar unter: <https://www.bund-nrw.de/themen/braunkohle/hintergruende-und-publikationen/braunkohlentagebaue/garzweiler/steckbriefchronologie-garzweiler/>
- BUND NRW. (2022). Verheizte Heimat. Dörfer auf der Roten Liste. Verfügbar unter: https://www.bund-nrw.de/fileadmin/nrw/dokumente/braunkohle/2022_Verheizte_Heimat_Liste_der_Umsiedlungen_im_Rheinland.pdf
- DEBRIV. (o.J.). Braunkohlereviere. Rheinisches Revier, Bundesverband Braunkohle. Verfügbar unter: <https://braunkohle.de/braunkohle-in-deutschland/braunkohlereviere/>
- Dederichs, H.-J. (Virtuelles Museum, Hrsg.). Widerstand gegen Garzweiler II. Verfügbar unter: <https://www.virtuelles-museum.com/thema/widerstand-gegen-garzweiler-ii/>
- Deutscher Bundestag. (2020). Bundestag beschließt das Kohleausstiegsgesetz. Verfügbar unter: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw27-de-kohleausstieg-701804>
- Deutscher Bundestag. (2022). Braunkohle-ausstieg im Rheinischen Revier wird auf 2030 vorgezogen. Verfügbar unter: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw48-de-braunkohleausstieg-923096>
- Deutschlandfunk (2023, 16. Januar). Braunkohlestreit um Lützerath. Räumung des Klimacamps abgeschlossen. Deutschlandfunk Online. Verfügbar unter: <https://www.deutschlandfunk.de/luetzerath-braunkohle-rwe-raeumung-100.html>
- Diel, H. (2023, 6. Januar). Hessens größter Windpark. Haselmaus vertrieben – Arbeiten im Reinhardswald werden fortgesetzt. Hessenschau. Verfügbar unter: <https://www.hessenschau.de/wirtschaft/hessens-groesster-windpark-rodungen-im-reinhardswald-werden-fortgesetzt-v1,rodung-reinhardswald-vgh-100.html>
- Dpa Hessen (2022, 5. März). Fahrraddemonstration für mehr Windkraft in Kassel [Agenturmeldung]. Zeit Online. Verfügbar unter: <https://www.zeit.de/news/2022-03/05/fahrraddemonstration-fuer-mehr-windkraft-in-kassel>

- Eberle, L. (2018, 17. Oktober). Demo vor Privathaus von Braunkohlekritikerin. Spiegel Online. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/hambacher-forst-demo-vor-privathaus-von-kohlekommissionsmitglied-a-1233821.html>
- Eg & Thiele, T. (2012, 14. September). Forstamt Reinhardshagen bringt Windkraftplanung in die Diskussion. Hessische/Niedersächsische Allgemeine. Verfügbar unter: <https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/wieviel-vertraegt-wald-2502797.html>
- Eichenauer, E., Reusswig, F., Meyer-Ohlendorf, L. & Lass, W. (2017). Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen und der Aufschwung rechtspopulistischer Bewegungen. In O. Kühne & F. Weber (Hrsg.), Bausteine der Energiewende (RaumFragen, S. 633–651). Wiesbaden: Vieweg.
- Fina, S. & Heider, B. (2021). Ungleiches Hessen. Wie können gleichwertige Lebensverhältnisse erreicht werden? (Friedrich-Ebert-Stiftung Hessen, Hrsg.). Verfügbar unter: <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/hessen/17575.pdf>
- Friedrich-Ebert-Stiftung. (2023). Ungleiches Deutschland – Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2023. Berichtswebsite. Verfügbar unter: <https://www.fes.de/ungleiches-deutschland>
- Fröhlich, A. (2020, 9. Juni). Märchenwald in Gefahr. Die Kehre. Verfügbar unter: <https://www.die-kehre.de/maerchenwald-in-gefahr/>
- Gehlen, G. (2013, 30. September). Studie: Jeden vierten Touristen schrecken Windräder ab. Hessische/Niedersächsische Allgemeine. Verfügbar unter: <https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/studie-jeden-vierten-touristen-schrecken-windraeder-3140521.html>
- Gehlen, G. (2015, 27. Mai). Bürgerinitiativen übergaben Stimmen gegen Windräder. Hessische/Niedersächsische Allgemeine. Verfügbar unter: <https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/buergerinitiativen-uebergaben-stimmen-gegen-windraeder-5050623.html>
- Goerke, U., Kamlage, J.-H. & Pauß, L. (2023). Strukturwandel im Rheinischen Revier: Partizipation der Zivilgesellschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit (RUFIS – Ruhr-Forschungsinstitut für Innovations- und Strukturpolitik e.V., Hrsg.). Verfügbar unter: https://rufis.de/wp-content/uploads/2023/06/Schlussrunde_Studie_Partizipation_10_05_final_JHLP.pdf
- Gohla, V. & Hennicke, M.. Ungleiches Deutschland. Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2023 (Friedrich-Ebert-Stiftung, Hrsg.). Verfügbar unter: <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/20534-20240307.pdf>
- Bündnis 90/Die Grünen Landkreis Kassel. (2022). Grüne Kreisverbände unterstützen den Aufruf zur Demonstration „Mehr Windkraft für Klimagerechtigkeit“. Verfügbar unter: <https://www.gruene-landkreis-kassel.de/?p=3999>
- Henke, G. (2023, 12. April). Naturschutzinitiative hält an Klage gegen Windpark im Reinhardswald fest. Hessische/Niedersächsische Allgemeine. Verfügbar unter: <https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/naturschutzinitiative-haelt-an-klage-gegen-windpark-im-reinhardswald-fest-92204542.html>
- Hessenschau.de (2022, 13. Mai). Wegen geschützter Haselmaus. Baustopp für Hessens größten Windpark. Hessenschau. Verfügbar unter: <https://www.hessenschau.de/wirtschaft/wegen-geschuetzter-haselmaus-baustopp-fuer-hessens-groessten-windpark-,windpark-reinhardswald-baustopp-100.html>
- Hessenschau.de (2024, 18. Januar). Neue CDU/SPD-Koalition in Hessens Landtag. Boris Rhein als Ministerpräsident von Hessen wiedergewählt. Hessenschau. Verfügbar unter: <https://www.hessenschau.de/politik/boris-rhein-als-ministerpraesident-von-hessen-wiedergewaehlt-v10,boris-rhein-wahl-ministerpraesident-100.html>
- Hoffmann, G. (2024, 18. März). 200 Menschen wandern in Immenhausen für die Demokratie. Hessische/Niedersächsische Allgemeine. Verfügbar unter: <https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/immenhausen-ort84274/200-menschen-wandern-in-immenhausen-fuer-die-demokratie-92897769.html>
- Holdingshausen, H. (2020, 26. August). AfD will Wald in Hessen schützen. taz. Verfügbar unter: <https://taz.de/Initiative-kritisiert-falsche-Fakten/!5704334/#:~:text=5704334-,Initiative%20kritisiert%20falsche%20Fakten%3A%20AfD%20will%20Wald%20in%20Hessen%20sch%3BCtzen,B%3BCrgerinitiativen%20f%C3%BChlen%20sich%20vereinnahmt.&text=BERLIN%20taz%207C%20Eine%20Protestaktion%20zum,der%20AfD-Fraktion%20am%20Mittwoch.>
- IGBCE. (o.J). Dossier. Kohle-Kompromiss. Verfügbar unter: <https://igbce.de/igbce/themen/kohle>
- IM Hessen (Hessisches Ministerium des Innern und für Sport, Hrsg.). (2023). Verfassungsschutz in Hessen. Bericht 2022. Verfügbar unter: https://verfassungsschutz.hessen.de/sites/verfassungsschutz.hessen.de/files/2023-11/lfv_bericht22_screen_neu_1123.pdf

- Jansen, D. & Schubert, D. (2014). Zukunft statt Braunkohle. Zukunft statt Braunkohle 30 Jahre Widerstand gegen den Braunkohlentagebau Garzweiler II (BUND NRW, Hrsg.).
- Klimagerechtigkeit Kassel. (2022). Demo „Mit Windkraft für Klimagerechtigkeit!“. Verfügbar unter: <https://klimagerechtigkeit-kassel.org/2022/02/22/demo-mit-windkraft-fur-klimagerechtigkeit/>
- Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“. (2019). Abschlussbericht (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Hrsg.).
- Küppers, J. (2022, 22. November). Demo in Lützerath: „Wir werden hier stehen, wir werden kämpfen und streiken“. WDR Online. Verfügbar unter: <https://www1.wdr.de/nachrichten/demo-tagebau-garzweiler-luetzerath-100.html>
- Kw, jmw & sti (2018, 24. Oktober). RWE-Protest gegen Kohleausstieg. DW Online. Verfügbar unter: <https://www.dw.com/de/rwe-mitarbeiter-demonstrieren-gegen-kohleausstieg/a-46016849>
- Landeswahlleiter Hessen.. Landtagswahl 2023 PM 14. Endgültiges Ergebnis der Landtagswahl in Hessen. Verfügbar unter: <https://wahlen.hessen.de/endgueltiges-ergebnis-der-landtagswahl-in-hessen>
- Landeswahlleiter Hessen. (2021a). Gemeindewahl. Hofgeismar, Stadt. Verfügbar unter: https://kommunalwahl.statistik.hessen.de/k_2021/html/Gemeindewahl/EG633013
- Landeswahlleiter Hessen. (2021b). Gemeindewahl. Reinhardshagen. Verfügbar unter: https://kommunalwahl.statistik.hessen.de/k_2021/html/Gemeindewahl/EG633022
- Landeswahlleiter Hessen. (2023a). Landesergebnis. Hofgeismar, Stadt. Verfügbar unter: <https://wahlen.hessen-ltw23.23degrees.eu/wk/00163301300/overview>
- Landeswahlleiter Hessen. (2023b). Landesergebnis. Kassel-Land I. Verfügbar unter: <https://wahlen.hessen-ltw23.23degrees.eu/wk/00100000000/overview>
- Landeswahlleiter Hessen. (2023c). Landesergebnis. Reinhardshagen. Verfügbar unter: <https://wahlen.hessen-ltw23.23degrees.eu/wk/00163302200/overview>
- Landeswahlleiterin NRW. (2020). Kommunalwahlen 2020. Endgültiges Ergebnis für: Nordrhein-Westfalen. Verfügbar unter: <https://www.wahlergebnisse.nrw/kommunalwahlen/2020/aktuell/a000000kw2000.shtml>
- Landeswahlleiterin NRW. (2022). Wahlergebnisse in NRW. Landtagswahl 2022. Verfügbar unter: <https://www.wahlergebnisse.nrw/landtagswahlen/2022/>
- Landkreis Kassel. (o.J.a). Dach für 28 Städte und Gemeinden. Verfügbar unter: <https://www.landkreiskassel.de/der-landkreis/staedte-und-gemeinden.php>
- Landkreis Kassel. (o.J.b). Der Landkreis in Zahlen. Verfügbar unter: <https://www.landkreiskassel.de/der-landkreis/der-landkreis-in-zahlen.php>
- Lanuv NRW. (o.J.). Das Rheinische Braunkohlerevier, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen. Verfügbar unter: <https://www.lanuv.nrw.de/umwelt/wasser/grundwasser/folgen-des-braunkohleabbaus/das-braunkohlerevier/>
- Löschner, M. (2014, 24. Januar). Windrad in Flammen: Aktivisten demonstrierten gegen Anlagen im Reinhardswald. Hessische/Niedersächsische Allgemeine. Verfügbar unter: <https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/windrad-flammen-aktivisten-demonstrieren-gegen-anlagen-reinhardswald-3495428.html>
- Magoley, N. (2024, 1. Februar). Rheinisches Revier: Hat die Landesregierung einen Plan? WDR Online. Verfügbar unter: <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/spd-rheinisches-braunkohlerevier-zukunft-100.html>
- MDR. (o.J.). Kohlemilliarden. Die Zahlen. Rheinisches Revier. Arbeitslosigkeit im Revier. Verfügbar unter: <https://kohlemilliarden.de/die-zahlen>
- Müller, M. (2021, 6. Januar). 1000 Seiten Einwendungen gegen Windpark Reinhardswald übergeben. Hessische/Niedersächsische Allgemeine. Verfügbar unter: https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/hofgeismar-ort73038/1000-seiten-einwendungen-gegen-windpark-reinhardswald-an-rp-kassel-uebergeben-90159608.html?fbclid=IwAR03JveGm4dosScnG1Q9yGcmPP-RIMMeW0jcF1CygO6XZd_3naqWGOtU9_k
- Naturpark Reinhardswald. (o.J.a). Naturschutzgebiet Urwald Sababurg. Das Reich der Baumriesen. Verfügbar unter: <https://www.naturpark-reinhardswald.de/attraktionen/urwald-sababurg#/article/0f2ed496-77f0-47d0-9454-2b93448bd7a7>
- Naturpark Reinhardswald. (o.J.b). Das „Schatzhaus Europäischer Wälder“. Der Reinhardswald. Verfügbar unter: <https://www.naturpark-reinhardswald.de/natur-erleben/landschaftsraum/der-reinhardswald>

- Neu, D. (2022, 24. Juni). Windpark Reinhardswald: Stadt Hofgeismar zieht Klage zurück. Hessische/Niedersächsische Allgemeine. Verfügbar unter: <https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/hofgeismar-ort73038/stadt-zieht-klage-zurueck-91628590.html>
- Neu, D. & Thiele, T. (2022, 5. Februar). Windpark Reinhardswald: Streit verschärft sich – Klagen gegen Baumfällungen. Hessische/Niedersächsische Allgemeine. Verfügbar unter: <https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/reinhardshagen-ort101242/klagen-gegen-baumfaellungen-fuer-windpark-reinhardswald-91283273.html>
- NTV (2018, 17. Oktober). Protestler ziehen vor Privathaus. Kohlekritikerin fühlt sich von Demo bedroht. Verfügbar unter: <https://www.n-tv.de/panorama/Kohlekritikerin-fuehlt-sich-von-Demo-bedroht-article20676637.html>
- O.A. (2023). Ein „III. Weg-Stützpunkt“ in Nordhessen. Antifaschistisches Info-Blatt (AIB), 2.2023(139). Verfügbar unter: <https://antifainfoblatt.de/aib139/ein-iii-weg-stuetzpunkt-nordhessen>
- Otteni, C. & Weisskircher, M. (2022). Global warming and polarization. Wind turbines and the electoral success of the greens and the populist radical right. *European Journal of Political Research*, 61(4), 1102–1122.
- Pasvantis, C. (2020, 18. November). Proteste in Lützerath. Polizei rechtfertigt Vorgehen am Tagebaurand. Rheinische Post Online. Verfügbar unter: https://rp-online.de/nrw/staedte/erkelenz/tagebau-garzweiler-ii-polizei-rechtfertigt-vorgehen-bei-protesten-in-luetzerath_aid-54687543
- Pinto, J. (2013, 8. Mai). Einwohner wehren sich gegen Riesenwindräder: „Monster verhindern“. Hessische/Niedersächsische Allgemeine. Verfügbar unter: <https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/buerger-oberweser-wahlsburg-gegen-riesenwindraeder-2895870.html>
- Pörtner, M. (2023, 13. Februar). Fehlende Genehmigung für Baustraße. Gerichtsurteil stoppt Rodungen für Windpark Reinhardswald. Hessenschau. Verfügbar unter: <https://www.hessenschau.de/wirtschaft/gerichtsurteil-stoppt-rodungen-fuer-windpark-reinhardswald-v1,reinhardswald-windpark-102.html>
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. (2023). Arbeitsmarktzahlen im Oktober. 46 Millionen Menschen erwerbstätig. Verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/arbeit-und-soziales/arbeitsmarkt-oktober-2023-2234196>
- Rechercheteam Europäische-Energiewende-Community. (2021). Bürgerinitiativen gegen Windkraft in Deutschland. Eine Studie des Rechercheteams „Europäische-Energiewende-Community“. Verfügbar unter: <https://energiewende.eu/wp-content/uploads/2021/01/Buergerinitiativen-gegen-Windkraft-mit-Anhang-Studie-Community-Europaeische-Energiewende.pdf>
- Regierungspräsidium Kassel. (2022a). Hintergrundinformation. Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen Genehmigung von 18 WKA im Reinhardswald. Verfügbar unter: https://rp-kassel.hessen.de/sites/rp-kassel.hessen.de/files/2022-06/20220309_faq_windkraft_u_wp_reinhardswald_1.pdf
- Regierungspräsidium Kassel. (2022b). Genehmigungsverfahren. RP Kassel erteilt immissionsschutzrechtlichen Bescheid zur Errichtung von 18 Windkraftanlagen (Pressemitteilung). Verfügbar unter: <https://rp-kassel.hessen.de/presse/rp-kassel-erteilt-immissionsschutzrechtlichen-bescheid-zur-errichtung-von-18-windkraftanlagen>
- Rettet den Reinhardswald. (o.J.a). Das Problem. Verfügbar unter: <https://rettet-den-reinhardswald.de/>
- Rettet den Reinhardswald. (o.J.b). Windige Behauptungen. Falsch: „Egagement für den Schutz des Reinhardswalds ist rechts oder von rechts unterwandert“. Verfügbar unter: <https://rettet-den-reinhardswald.de/>
- RND (2023, 9. Januar). Das Dorf Lützerath: Chronologie eines jahrelangen Streits im Braunkohlerevier. Redaktionsnetzwerk Deutschland. Verfügbar unter: <https://www.rnd.de/politik/luetzerath-chronologie-eines-jahrelangen-streits-im-braunkohlerevier-XLEQDWXTOSNYCO6RFNUVJBDRO4.html>
- Roth, D., Kropp, P. & Sujata, U. (2020). Die Braunkohlebranchen des Rheinischen Reviers und der Tagebaukreise. IAB-Regional. Berichte und Analysen aus dem Regionalen Forschungsnetz (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nordrhein-Westfalen, Hrsg.) (2/2020).
- RWE Media Relations Team. (2018). Der Betriebsratsvorsitzende der Zentrale Köln der RWE Power hat sich zu der heutigen Demonstration in Buir geäußert. Twitterpost vom 17.10. Verfügbar unter: https://twitter.com/RWE_Presse/status/1052616337560875008
- Schindler, H. (2014, 17. November). 184 Windstandorte in Nordhessen. Hessische/Niedersächsische Allgemeine. Verfügbar unter: <https://www.hna.de/kassel/windstandort-nordhessen-4456219.html>
- Schlagenhauer, S. & Storch, J. Deutscher Märchenwald wird für Windräder zerstört. Bild Online. Verfügbar unter: <https://www.bild.de/regional/frankfurt/politik-inland/kaum-noch-zu-stoppen-deutscher-maerchenwald-wird-fuer-windraeder-zerstoert-86094640.bild.html>

- SPD NRW Landtagsfraktion. (2024, 30. Januar). Große Anfrage 21. Strukturwandel im Rheinischen Revier – Entwicklungsperspektiven für eine Zukunftsregion in Nordrhein-Westfalen. Verfügbar unter: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD18-7943.pdf>
- Speen, A. & Rohman, M. Sternmarsch am Tagebau Garzweiler. Tausende demonstrieren für Erhalt bedrohter Dörfer. Rheinische Post Online. Verfügbar unter: https://rp-online.de/nrw/staedte/erkelenz/sternmarsch-am-tagebau-garzweiler-tausende-demonstrieren-fuer-erhalt-bedrohter-doefer_aid-37643729
- Speen, A. & Spichartz, W. (2015, 25. April). „Anti-Kohle-Kette“. 6000 Menschen demonstrieren in Erkelenz. Rheinische Post Online. Verfügbar unter: https://rp-online.de/nrw/staedte/erkelenz/anti-kohle-kette-6000-menschen-demonstrieren-in-garzweiler_aid-17551959
- Statistik der Kohlenwirtschaft e.V. (Die STATISTIK DER KOHLENWIRTSCHAFT e.V, Hrsg.). (2024). Braunkohle im Überblick. 1989-2022. Stand 03/24. Verfügbar unter: <https://kohlenstatistik.de/daten-fakten/>
- Statistisches Landesamt NRW. (o.J.a). Wahlergebnisse seit 1983 für Erkelenz, Stadt. Verfügbar unter: <https://www.it.nrw/sites/default/files/wahlprofile/wp05370004.pdf>
- Statistisches Landesamt NRW. (o.J.b). Wahlergebnisse seit 1983 für Kreis Heinsberg. Verfügbar unter: <https://www.it.nrw/sites/default/files/wahlprofile/wp05370.pdf>
- Strukturwandel Rheinisches Revier. Daten und Fakten. Verfügbar unter: <https://www.rheinisches-revier.de/was/strukturwandel/daten-und-fakten/>
- Temme, T. (2022, 14. März). Hunderte Kritiker von Windkraft aus dem Reinhardswald demonstrieren. Hessische/Niedersächsische Allgemeine. Verfügbar unter: <https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/trendelburg-ort43206/hunderte-kritiker-von-windkraft-aus-dem-reinhardswald-demonstrieren-91408179.html>
- Thiele, T. (2022, 12. März). Demo gegen Windkraft: „Gegen die Zerstörung des Reinhardswalde“ – Hunderte Teilnehmer erwartet. Hessische/Niedersächsische Allgemeine. Verfügbar unter: <https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/trendelburg-ort43206/demo-windkraft-gegner-reinhardswals-kassel-trendelburg-menschenkette-wald-retten-91405296.html>
- Verwaltungsgerichtshof Kassel. (2023a). Windpark Reinhardswald. Rodungsarbeiten für den Bau einer Zuwegung vorerst gestoppt. Verfügbar unter: <https://verwaltungsgerichtsbarkeit.hessen.de/presse/rodungsarbeiten-fuer-den-bau-einer-zuewegung-vorerst-gestoppt>
- Verwaltungsgerichtshof Kassel. (2023b). Windpark Reinhardswald. Rodungsarbeiten für den Bau einer Zuwegung können beginnen. Verfügbar unter: <https://verwaltungsgerichtsbarkeit.hessen.de/presse/rodungsarbeiten-fuer-den-bau-einer-zuewegung-koennen-beginnen>
- Wirtschaftsministerium NRW. (o.J.a). Braunkohleausstieg 2030 im Rheinischen Revier. Verfügbar unter: <https://www.wirtschaft.nrw/themen/energie/kohleausstieg-2030>
- Wirtschaftsministerium NRW. (o.J.b). Braunkohlenbergbau. Verfügbar unter: <https://www.wirtschaft.nrw/braunkohlenbergbau>
- Wirtschaftsministerium NRW. (2021). IW-Consult-Studie zu den Arbeitsplatz- und Wertschöpfungseffekten der Strukturförderung im Rheinischen Revier. Pressemitteilung vom 09.12. Verfügbar unter: <https://www.wirtschaft.nrw/pressemitteilung/arbeitsplatz-und-wertschoepfungseffekte-rheinisches-revier>
- Wirtschaftsministerium NRW. (2023). Hintergrundinformationen zu aktuellen Fragestellungen im Zusammenhang mit dem Kohleausstieg 2030 und Lützerath. Verfügbar unter: <https://wirtschaft.nrw/hintergrundinformationen-kohleausstieg2030-luetzerath>
- Zeit Online (2013, 17. Dezember). Garzweiler – Enteignung verletzte Grundrechte. Zeit Online. Verfügbar unter: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2013-12/garzweiler-klage-bundesverfassungsgericht-urteil>
- Zweckverband Landfolge Garzweiler (Hrsg.). (2022). Drehbuch Landfolge Garzweiler. 1. Fortsetzung.

Verzeichnis äußerst rechter und verschwörungsideologischer Quellen

- AfD. (2021). Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag. Verfügbar unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf
- AfD. (2023). +++ Greta Thunberg in Gewahrsam: Der einzig richtige Umgang mit Klimaterroristen! +++ FB-Post vom 18.01. Verfügbar unter: <https://www.facebook.com/alternativefuerde/posts/pfbid02Mc4VTY9ubYkZUYjdMwZygRucmeQQHsYmnR86i6ycS6EY7WogBxfWPRoX79wQoPMxl>

- AfD Bundestagsfraktion. (2020a). Abholzung des Reinhardswaldes verhindern! Pressekonferenz der AfD-Fraktion im Bundestag. YouTube-Beitrag vom 27.08. Verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=UN580tI5aCO>
- AfD Bundestagsfraktion. (2020b). Pressekonferenz im Wald: "Erhalt des hessischen Reinhardswaldes". FB-Post vom 21.08. Verfügbar unter: <https://www.facebook.com/afdimbundestag/posts/pfbid0Af75AWbGreWHVw2cVgEoLSeiQXTAr1fLKL5WC1mfZ5teYTbANUyMepimz9Zuoa34I>
- AfD Bundestagsfraktion. (2023a). 10 Punkte für Deutschland. Sofortprogramm einer AfD-geführten Bundesregierung. 1. Deindustrialisierung Deutschlands stoppen. Verfügbar unter: https://ffc7b648.rocketcdn.me/wp-content/uploads/2023/09/Sofortmassnahmen_AfD_Regierung_Positionspapier.pdf
- AfD Bundestagsfraktion. (2023b). Eine krisenfeste, verlässliche und kostengünstige Energieversorgung Deutschlands ermöglichen. Antrag der Abgeordneten Karsten Hilse, Marc Bernhard, Steffen Kotré, Dr. Rainer Kraft und der Fraktion der AfD. Verfügbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/088/2008874.pdf>
- AfD-Fraktion Hessen. (o.J.). Wir kämpfen für den Reinhardswald. AfD kritisiert die sogenannte "Energiewende". Verfügbar unter: <https://afd-fraktion-hessen.de/wir-kaempfen-fuer-den-reinhardswald/>
- AfD-Fraktion Hessen. (2018). #SaveMyReiny – Aktion gegen die Zerstörung des Märchenwaldes. FB-Post vom 28.10. Verfügbar unter: <https://www.facebook.com/AfDLandesverbandHessen/posts/pfbid038KFwdmTESzEQqkffZcVHfD3yLxVEqYbzKjnq51GYo5r3PJRWQxUDRov8oZzvsF5VI>
- AfD-Fraktion Hessen. (2019, 7. Junia). Kleine Anfrage (Drucksache 20/355). Flächenverbrauch durch Windenergieanlagen (WEA). Kleine Anfrage von Claudia Papst-Dippel (AfD), Klaus Gagel (AfD), Andreas Lichert (AfD) und Antwort der Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Hessischer Landtag, Hrsg.). Verfügbar unter: <https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/5/00355.pdf>
- AfD-Fraktion Hessen. (2019, 4. Novemberb). Kleine Anfrage (Drucksache 20/1325). Entsorgung von Windkraftanlagen. Kleine Anfrage von Klaus Gagel (AfD), Andreas Lichert (AfD) und Arno Enners (AfD) und Antwort von der Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Hessischer Landtag, Hrsg.). Verfügbar unter: <https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/5/01325.pdf>
- AfD-Fraktion Hessen. (2020, 31. März). Kleine Anfrage (Drucksache 20/2450). Brandschutzkonzept in Windenergieanlagen. Kleine Anfrage von Dr. Dr. Rainer Rahn (AfD) und Antwort vom Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen (Hessischer Landtag, Hrsg.). Verfügbar unter: <https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/0/02450.pdf>
- AfD-Fraktion Hessen. (2021, 25. März). Kleine Anfrage (Drucksache 20/5309). Wetter- und Klimaänderungseffekte durch Windenergieanlagen. Kleine Anfrage von Klaus Gagel (AfD), Claudia Papst-Dippel (AfD), Gerhard Schenk (AfD) und Antwort der Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Hessischer Landtag, Hrsg.). Verfügbar unter: <https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/9/05309.pdf>
- AfD-Fraktion Hessen. (2022a). Erst der Wald, dann das Windrad! Broschüre Windkraftanlagen. Verfügbar unter: https://afd-fraktion-hessen.de/wp-content/uploads/2022/02/Broschuere_A5_WKA.pdf
- AfD-Fraktion Hessen. (2022b). Erst der Wald, dann das Windrad! Flugblatt Anti WKA. Verfügbar unter: https://afd-fraktion-hessen.de/wp-content/uploads/2022/02/Flugblatt_Anti-WKA.pdf
- AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen. (2019a). ++ Schildbürgerstreich „Kohleausstieg“ ++. FB-Post vom 29.09. Verfügbar unter: <https://www.facebook.com/watch/?v=2938960849452170>
- AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen. (2019b). Kohleausstieg: Arbeitsplätze und Energiesicherheit sind bedroht – aber worin liegt aus Sicht der Landesregierung der Sinn des deutschen Kohleausstiegs? FB-Post vom 05.03. Verfügbar unter: <https://www.facebook.com/afdfraktionNRW/videos/512168162643584/>
- AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen. (2023a). ++ Lützerath: Aufstieg des Klimaterrors ++. FB Post vom 13.01. Verfügbar unter: <https://www.facebook.com/watch/?v=5865791326870418>
- AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen. (2023b). Grüne und Klimaterroristen Hand in Hand gegen unsere Polizei! Telegrampost vom 12.01. Verfügbar unter: <https://t.me/afdfraktionnrw/1537>
- AfD-Kompakt. (2022). Junge Alternative protestiert gegen Abholzung des Grimmschen Märchenwaldes. Verfügbar unter: <https://afdkompakt.de/2022/03/29/junge-alternative-protestiert-gegen-abholzung-des-grimmschen-maerchenwaldes/>
- AfD-Landesverband Nordrhein-Westfalen. (2018). Mehr als 30.000 Menschen, darunter viele RWE-Mitarbeiter, haben laut Veranstalter und Polizei an einer Großkundgebung in Elsdorf teilgenommen – in Sorge um ihre Arbeitsplätze. FB-Post vom 24.10. Verfügbar unter:

<https://www.facebook.com/AfDfuerNRW/posts/pfbid02WbeYJF8RehcWgK5JBCrTHpba5v59Lu64CBYtyV2EvSFL2yQVWunrrMMon8kQavcnl>

AfD-Landesverband Nordrhein-Westfalen. (2022). Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 18. Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen. Verfügbar unter: <https://afd.nrw/wahlprogramm/>

Der III. Weg. (2022). Wind-Industrie-Park im Reinhardswald genehmigt. Verfügbar unter: <https://der-dritte-weg.info/2022/02/wind-industrie-park-im-reinhardswald-genehmigt/>

Der III. Weg. (2023). Reinhardswald: Abholzungen für Monster-Windräder haben begonnen. Verfügbar unter: <https://der-dritte-weg.info/2023/12/reinhardswald-abholzungen-fuer-monster-windraeder-haben-begonnen/>

Douglas, H. (13.12.203). Windräder im Märchenwald. Tichys Einblick. Verfügbar unter: <https://www.tichyseinblick.de/meinungen/windraeder-reinhardswald-maerchenwald/>

Etscheid, G. (2022). Eines der wertvollsten Waldgebiete Deutschlands wird der „Energiewende“ geopfert. Gastautor. Tichys Einblick. Verfügbar unter: <https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/eines-der-wertvollsten-waldgebiete-deutschlands-wird-der-energiewende-geopfert/>

Fw (2023, 10. Januar). Erste Barrikaden brennen. Linkspartei und Grüne unterstützen Proteste in Lützerath. Junge Freiheit Online. Verfügbar unter: <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/proteste-in-luetzerath/>

Höcke, B. (2023). Kahlschlag im Märchenwald. Telegram-Post vom 27.11. Verfügbar unter: <https://t.me/BjoernHoeckeAfD/1873>

Junge Alternative. (2022). »Märchenwald muss bleiben«. Junge Alternative im #Reinhardswald 2022. YouTube Beitrag vom 01.04.2022. Verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=xeyVazkXnfw>

Junge Freiheit (2023, 5. Dezember). Grüne zerstören Märchenwald für Windräder. Junge Freiheit Online. Verfügbar unter: <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/gruene-zerstoeren-maerchenwald-mit-windraedern/>

Mai, K.-R. (2023, 15. Januar). Klimabewegte wollen Lützerath zum Symbol machen. Tichys Einblick. Verfügbar unter: <https://www.tichyseinblick.de/meinungen/luetzerath-resuemee/>

St (2023, 11. Januar). Klima-Terrorismus. Über 1.000 Polizisten: Videos zeigen linksextreme Gewalt in Lützerath. Junge Freiheit Online. Verfügbar unter: <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/gewalt-in-luetzerath/>

Tichy Redaktion (2019, 22. März). Todesurteil für Reinhardswald: Monster-Windräder in Grimms Märchenwald. Tichys Einblick. Verfügbar unter: <https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/todesurteil-fuer-reinhardswald-monster-windraeder-in-grimms-maerchenwald/>

Projektteam

Hascher, Marleen

Marleen Hascher (M.A.) ist Sozialwissenschaftlerin und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt RIOET am Institut für demokratische Kultur an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Derzeit bereitet sie ihre Promotion zu antimodern vermitteltem Antisemitismus in der Ökologie vor. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Ostdeutschlandforschung, Klassenanalyse, Antisemitismus, Verschwörungserzählungen und Kritische Theorie.

Kastberg, Ann-Katrin

Ann-Katrin Kastberg (M.A.) ist Soziologin und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt RIOET am Institut für demokratische Kultur an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Außerdem promoviert sie am Institut für Sozialforschung (Frankfurt a.M.) zu den politischen Auswirkungen von Teilhabe- und Ausschlusserfahrungen im Zuge der sozial-ökologischen Transformation in der Lausitz. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Kritische Theorie und Analyse von Autoritarismus und Ressentiment, psychoanalytische Sozialpsychologie und sozial-ökologische Transformation.

Kerst, Benjamin

Benjamin Kerst, M.A. der Philosophie und M.A. der Soziologie, ist seit 2018 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hochschule Düsseldorf (HSD) am Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA). Seine derzeitigen Forschungsschwerpunkte sind Radikalisierung und Nicht-Radikalisierung, neuere Phänomene der äußersten Rechten und rechte Ökologie. Derzeit forscht er im Projekt RIOET. Zudem promoviert er zu Rolle von Affektivität in äußerst rechten vigilanten Gruppierungen.

Leitzke, Fynn

Fynn Leitzke ist Studierender im B.A. Soziale Arbeit an der Hochschule Magdeburg Stendal und unterstützt als studentische Hilfskraft am Institut für demokratische Kultur das Forschungsprojekt RIOET unter der Leitung von Prof. Dr. Matthias Quent sowie Prof. Dr. Fabian Virchow.

Mönig, Alina

Alina Mönig (M.A.) studierte Politikwissenschaft und internationale Kriminologie in Frankfurt a. M. und Hamburg. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt RIOET am Institut für demokratische Kultur an der Hochschule Magdeburg-Stendal und arbeitet in der Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus in der Amadeu Antonio Stiftung.

Osterberger, Edmund

Edmund Osterberger ist ausgebildeter Mechatroniker für Kältetechnik und BA-Student der Sozialen Arbeit. Er ist seit 2022 als studentische Hilfskraft für das Projekt RIOET am Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA) der Hochschule Düsseldorf (HSD) tätig. Er schreibt im Sommersemester 2024 die Bachelorarbeit zum Thema „Narrative zum Klimawandel in der (extrem) rechten Medienlandschaft“.

Quent, Matthias

Matthias Quent ist Professor für Soziologie und Vorstandsvorsitzender des Instituts für demokratische Kultur an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Seine Forschungsschwerpunkte sind Demokratie und Rechtsextremismus im Kontext gesellschaftlicher Transformationen.

Stanić, Dora

Dora Stanić (M.Sc.) ist Psychologin und war bis Februar 2024 am Institut für demokratische Kultur an der Hochschule Magdeburg-Stendal am Forschungsprojekt RIOET als wissenschaftliche Mitarbeiterin beteiligt. Außerdem absolviert sie eine universitäre Ausbildung zur Psychologischen Psychotherapeutin (Fachkunde: Verhaltenstherapie) an der Friedrich-Alexander Universität in Erlangen. Ehrenamtlich ist sie im Bereich der politischen Bildung (insbesondere im Rahmen der Anti-Diskriminierung) tätig.

Virchow, Fabian

Fabian Virchow ist Professor für Theorien der Gesellschaft und Theorien politischen Handelns an der Hochschule Düsseldorf; dort leitet er auch den Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA). Forschung und Publikationen insbesondere zur Geschichte, Weltanschauung und politischen (Gewalt)Praxis der extremen/populistischen Rechten sowie zu gesellschaftlichen Praktiken des Erinnerns und Vergessens rechter Gewalt. Er ist Mitherausgeber der Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung, des Handbuchs Rechtsextremismus sowie der Edition Rechtsextremismus.s